

Regionale Handlungsansätze bei der Reaktion auf den Demographischen Wandel in dünn besiedelten, peripheren Räumen

Patrick Küpper, Johann Heinrich von Thünen-Institut (vTI) Braunschweig

Der Demographischen Wandel äußert sich in der flächenhaften, langfristigen Bevölkerungsalterung und -schrumpfung. Dieser Wandel stellt insbesondere die dünn besiedelten, peripheren Räume vor große Herausforderungen. Es besteht die Befürchtung einer Abwärtsspirale aus Bevölkerungsrückgang und Alterung, Verschlechterung der Infrastrukturausstattung und der Erwerbsmöglichkeiten sowie weiterer Abwanderung. Häufig werden Schlagworte wie „Rückzug aus der Fläche“, „Entleerung“ und „Wüstung“ genannt.

Die Regionalpolitik eröffnet Handlungsmöglichkeiten zur Reaktion auf diese Entwicklungen, indem finanzielle, personelle und organisatorische Ressourcen zur Verfügung gestellt werden. Die Regionalpolitik bietet die Möglichkeit eines koordinierten Vorgehens der regionalen Akteure und kann durch den kommunikativen Prozess zu Veränderungen im Handeln der beteiligten Akteure führen. Unter Regionalpolitik wird eine in gewissem Maße eigenständige, querschnittsorientierte Entwicklungspolitik von der Region für die Region verstanden. Dieses Verständnis entspricht sowohl Entwicklungen in der Praxis (Leader+, Integrierte Ländliche Entwicklung ILE etc.) als auch in der theoretischen Diskussion (endogene Entwicklung, kooperative Planung, lernende Regionen etc.) seit den 1980er Jahren.

Der Vortrag geht der Frage nach, mit welchen Handlungsansätzen die Akteure der Regionalpolitik in dünn besiedelten, peripheren Räumen auf den Demographischen Wandel reagieren und warum die beobachteten Handlungen zustande kommen? Dabei gibt es grundsätzlich die beiden Möglichkeiten, der demographischen Entwicklung entgegenzuwirken oder die regionalen Strukturen an die Bevölkerungsveränderungen anzupassen. Vor dem Hintergrund dieses Spannungsfeldes aus Gegensteuern und Anpassung besteht das Ziel des Betrages in der Darstellung empirischer Erkenntnisse über den aktuellen Stand regionaler Reaktionen in der deutschen Praxis. Zu diesem Zweck werden zum einen die Ergebnisse einer schriftlichen Befragung von 157 Regionalmanagern und 78 Landräten im untersuchten Raumtyp präsentiert. Zum anderen basieren die vorgestellten Ergebnisse auf den drei Fallstudien Initiative Rodachtal, Landkreis Stendal und Regionalentwicklung Ostprignitz-Ruppin. Dabei wurden Interviews mit regionalen Akteuren und Dokumentenanalysen durchgeführt.

Die empirischen Ergebnisse zeigen, dass die Handlungen in Bezug auf den Demographischen Wandel überwiegend beim Gegensteuern ansetzen, weil staatliche Anreizsysteme solche Maßnahmen fördern. Zusätzlich stimmt dieser Ansatz mit der Attraktivitätssteigerung und Wirtschaftsförderung überein, die schon immer das zentrale Ziel der Regionalpolitik darstellt, so dass entsprechende Routinen bestehen. Außerdem wird bevorzugt in den Ausbau von Strukturen investiert, anstatt über die Angebotsausdünnung nachzudenken. Der Schmerz des Verlustes führt dazu, dass die Anpassung an eine wachsende Zahl Senioren eher verfolgt wird als die Anpassung an eine schrumpfende Bevölkerungszahl. Außerdem ist das Problembewusstsein bei den regionalen Akteuren vielfach noch unzureichend. Dies liegt neben dem Ignorieren der negativ besetzten Themen Schrumpfung und hilfebedürftiger Alter auch an der hohen Komplexität des Themas, die nicht verstanden wird oder nicht bearbeitbar erscheint.

Anreize durch Förderprogramme und der Wettbewerb zwischen den regionalen Akteuren und zwischen den Regionen können erklären, warum die regionalen Reaktionen auf das Ankämpfen gegen den Demographischen Wandel abzielen, obwohl selbst die regionalen Akteure diesem Handlungsansatz wenig Aussicht auf Erfolg beimessen. Daraus leiten sich Handlungsempfehlungen ab, die die Anpassung des institutionellen Kontextes vorschlagen.

Patrick Küpper

Institut für Ländliche Räume des Johann Heinrich von Thünen-Institutes (vTI), Bundesforschungsinstitut für Ländliche Räume, Wald und Fischerei
Bundesallee 50

D-38116 Braunschweig

eMail: patrick.kuepper@vti.bund.de

Das regionalplanerische Instrumentarium im Zeichen des demographischen Wandels

Andrea Jonas, Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im BBR

Die Auswirkungen des demographischen Wandels auf das raumplanerische Instrumentarium sind vielfältig. Während in der Vergangenheit die Steuerung der Siedlungsentwicklung auf eine Verteilung von Wachstum ausgerichtet war, stellt sich die Situation heute vielerorts differenzierter dar. Die Entwicklungen sind durch ein kleinräumiges Nebeneinander von Schrumpfung und Wachstum geprägt. Die Region gewinnt daher an Bedeutung, wenngleich sich aus diesen Entwicklungen neue Anforderungen an Instrumentarien der Raumordnung ergeben. Während auf der einen Seite die klassischen Instrumente für weiterhin notwendig, aber ergänzungsbedürftig angesehen werden (u.a. Kötter 2007), wird auf der anderen Seite ein grundlegender Reformbedarf der Ansätze und Konzepte der räumlichen Planung gesehen (u.a. Danielzyk u. Winkel 2003). Zukünftig wird mit einer steigenden Bedeutung von „neuen Instrumenten“ in der Regionalplanung wie Entwicklungsberatung, Regionalmanagement, Regionale Entwicklungskonzepte, Städtenetze und interkommunale Kooperation gerechnet (u.a. Danielzyk u. Winkel 2003: 128; Müller u. Pohle 2003: 143).

Der Konferenzbeitrag soll der Frage nachgehen, wie das derzeitige regionalplanerische Instrumentarium zur Steuerung der Siedlungsentwicklung von den beteiligten Akteuren bewertet wird, wie die Wirksamkeit der Vorgaben eingeschätzt werden und welche Anpassung bereits an den demographischen Wandel stattgefunden haben. Berücksichtigt werden zum einen klassische regionalplanerische Instrumente wie Zentrale Orte oder Eigenentwicklung und zum anderen neue Instrumente (u.a. Bedarfsnachweise, Kooperationen, Beratung) sowie der Reformbedarf, der sich durch veränderte Bevölkerungsentwicklungen ergibt.

Diese Bewertung erfolgt in Räumen, die bereits von einem Rückgang der Bevölkerung betroffen sind (Planungsregion Südwestthüringen), Räumen in den zukünftig mit einem Bevölkerungsrückgang gerechnet wird (Planungsregion Mittelhessen) und Gebieten mit einer Bevölkerungsstagnation (Region Hannover). Berücksichtigt wird dabei die Bewertung der spezifischen Instrumente aus Perspektive der betroffenen Akteure auf Landes-, Regional-, Kreis- und Kommunalebene. Als Adressaten der raumordnerischen Vorgaben spielen die Kommunen eine zentrale Rolle – von deren Akzeptanz sind die Wirksamkeit der regionalplanerischen Festlegungen und auch die Umsetzbarkeit abhängig.

Erste Ergebnisse zeigen, dass einigen Instrumenten, wie z.B. die Ausrichtung der Siedlungsentwicklung auf Zentrale Orte oder auf schienenerschlossene Standorte weiterhin eine hohe Bedeutung zu gemessen wird, wenngleich eine Anpassung der klassischen Instrumente an die demographischen Verhältnisse erfolgt ist oder noch erfolgen muss. Der Ansatz einer interkommunalen Kooperation wird zwar als wünschenswert, aber für den Bereich der Siedlungsentwicklung und -steuerung schwer realisierbar angesehen. Wachsende Bedeutung erfahren Beratungstätigkeiten durch die Regionalplanung und konkrete Nachweise für den Bedarf nach neuem Bauland. In den ausgewählten Modellregionen werden bereits innovative Konzepte zur Steuerung der Siedlungsentwicklung angewendet (z.B. neue Definition der Eigenentwicklung in Hannover, bei der nicht mehr die Bevölkerungszahl als Grundlage verwendet wird) oder derzeit erarbeitet (Orientierungswerte der Siedlungsentwicklung in der Region Südthüringen).

Die empirische Basis für einen Konferenzbeitrag liefern Ergebnisse eines Refina-Vorhabens. In diesem Kontext wird derzeit in den Planungsregionen Hannover, Mittelhessen und Südwestthüringen eine Evaluation des aktuellen regionalplanerischen Instrumentariums vorgenommen. Die Bewertung der bestehenden Festlegungen berücksichtigt dabei die Perspektiven der betroffenen Akteure auf Landes-, Regional-, Kreis- und Kommunalplanungsebene. Experteninterviews wurden bereits auf allen betroffenen Ebenen durchgeführt. In einem detaillierten standardisierten Fragebogen wurden alle Kommunen in den Modellregionen und die Mitglieder der Regionalparlamente zur Steuerung der Siedlungsentwicklung durch die Regionalplanung befragt.

Andrea Jonas
Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im BBR
DeichmannsAue 31-37

53179 Bonn

eMail: andrea.jonas@bbr.bund.de

Der demographische Wandel – für die Akteure eine Herausforderung zum Lernen

Michael Sperber, BTU Cottbus

Die demographischen Veränderungen werden von Planern meist anhand von wirtschafts- und sozialstatistischen Analysen problematisiert und als Herausforderung zur Entwicklung neuer Instrumente angesehen. Im Mittelpunkt steht dann beispielsweise der Umgang mit der überdimensionierten Infrastruktur. Die lebensweltliche Dimension des demographischen Wandels, insbesondere die Handlungsoptionen und -präferenzen der Akteure, werden seltener thematisiert. Eher am Rande wiesen z.B. Sinz und Sedlacek bei der MoRO-Tagung 2004 in Arnstadt darauf hin, dass es vor allem „mentale, psychische Probleme“ und „Machterhaltungskämpfe“ sind, die Entwicklungsprobleme in „schrumpfenden“ Regionen verschärfen und innovative Lösungen erschweren.

Es stellt sich also nicht nur die Frage, welche neuen Ansätze und Instrumente es für den Umgang mit demographischen Prozessen gibt, sondern auch, ob und unter welchen Bedingungen neuartige Ansätze von den lokalen Akteuren entwickelt, akzeptiert und umgesetzt werden können.

Methode / Empirisches Untersuchungsfeld:

Die Untersuchungen beziehen sich auf die Region Südbrandenburg, insbesondere auf den ländlichen Landkreis Elbe-Elster und den ehemals von Braunkohleindustrie geprägten Landkreis Oberspreewald-Lausitz. Aufgrund des weitgehenden Verlustes der ehemaligen Industriestruktur ist Südbrandenburg sowohl von der Überalterung als auch von der (selektiven) Abwanderung sehr stark betroffen. Durch sich selbst verstärkende sozioökonomische Prozesse wurde Südbrandenburg zur *neuen Peripherie*.

Allerdings haben demographische Veränderungen eine soziale und kulturelle Dimension. Durch *selektive* Abwanderung hat Südbrandenburg nicht nur „Humankapital“ und die verbleibenden Akteure Handlungsoptionen / soziales Kapital verloren. Auch die vorhandenen sozialen und kulturellen Muster der Region haben einen entscheidenden Einfluss auf die Problemwahrnehmung und die gewählten Handlungsansätze. Fast 20 Jahre nach dem Ende der DDR und vieler Braunkohle-Standorte ist eine Pfadabhängigkeit festzustellen, so dass sich bestimmte neue Ansätze nur schwer durchsetzen können.

Untersucht wurde in Südbrandenburg u.a. die Grenze der Innovationsbereitschaft und das Phänomen der *Selbstperipherisierung* der lokalen Akteure. Im Mittelpunkt der inzwischen abgeschlossenen Untersuchung standen die Denk- und Handlungsweisen verschiedener Akteursgruppen: Neben Kommunalverwaltungen waren dies vor allem Bürgerinitiativen und innovative Projekte wie die IBA „Fürst-Pückler-Land“. Gesammelt wurde das empirische Material durch:

- Teilnahme am Lebensalltag und Dokumentenanalyse / Kontextwissen
- teilnehmende Beobachtung bei entwicklungsorientierten Bürgerinitiativen (u.a. Lokale Agenda 21) sowie themenbezogenen Beteiligungsprozessen (z.B. Stadtleitbilddiskussion)
- Einzelinterviews (theoretical sampling)

Die Untersuchung setzte sich u.a. mit folgenden **vier Thesen** auseinander:

1. Von den regionalen Akteuren werden die langfristigen Folgen des demographischen Wandels lange Zeit ignoriert, falsch diagnostiziert oder in ihrer Bedrohung unterschätzt. (Ignoranzhypothese)
2. Die Entwicklungsprobleme werden zwar in ihrem ganzen bedrohlichen Ausmaß und ihrer langfristigen Wirkung erkannt. Die politischen Akteure begegnen ihnen aber hauptsächlich mit kurzfristigen und partikulären Lösungsansätzen. (Kurzfristhypothese)
3. Wegen der zurückgehenden Ressourcen in schrumpfenden Regionen wächst theoretisch die Notwendigkeit zu kooperieren, oft verschärfen sich in der Praxis aber die Konkurrenz und die Erhaltungsbemühungen. (Kooperationshypothese)
4. In ländlichen peripheren Regionen gehen von Schrumpfungsprozessen oft existenzielle Bedrohungen aus, die zu der typischen Persistenzfreundlichkeit (Weiß 2002, 19) bzw. zum Beharrungsvermögen peripherer Regionen führen. (Stabilitätshypothese)

Präsentiert werden Ergebnisse der Untersuchung, die demnächst als Doktorarbeit an der BTU Cottbus eingereicht wird.

Michael Sperber
BTU Cottbus

eMail: m.sperber@werkleben.de

Regionalstrategie Demografischer Wandel in der Metropolregion Rhein-Neckar

Frank Burkard, Verband Region Rhein-Neckar

Die Metropolregion Rhein-Neckar ist ein erfolgreicher Standort für Wirtschaft und Wissenschaft und bietet eine hervorragende Lebensqualität. Seit vielen Jahren arbeiten die entsprechenden Akteure erfolgreich zusammen. Die Erfahrung zeigt, dass der emotionale Zusammenhalt einer Region erhebliche Potenziale freisetzt, die aufgrund der Randlage der Teilräume in ihren jeweiligen Bundesländern Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Hessen so nicht zur Geltung kämen. Diese Potenziale sowie die bestehenden Netzwerkstrukturen der Regionalentwicklung möchte die Metropolregion Rhein-Neckar auch beim Umgang mit dem demografischen Wandel nutzen. Daher haben die Verantwortlichen vom Verband Region Rhein-Neckar, der ABB AG, der Handwerkskammer Mannheim Rhein-Neckar Odenwald und der IHK Rhein-Neckar im Jahr 2007 die „Regionalstrategie demografischer Wandel“ (RDW) ins Leben gerufen. Sie ist ein Zusammenschluss zahlreicher wichtiger regionaler Akteure auf diesem Gebiet und hat folgende Struktur:

Als Steuerungsgremium fungiert der so genannte „Lenkungskreis demografischer Wandel“. Ein prominent besetztes Gremium von ca. 30 Vertretern aus Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung. Die Arbeitsebene besteht aus der Projektleitung plus sieben Themenkoordinatoren, die jeweils für einen der inhaltlichen Teilbereiche des demografischen Wandels als Ansprechpartner für die ganze Region fungieren. Die Teilbereiche wurden nach den Daseinsgrundfunktionen gebildet: Arbeit und Wirtschaft, Bildung, Versorgung, Erholung, in Gemeinschaft leben, Verkehr und Wohnen.

Die Regionalstrategie ist mit weiteren ähnlichen Initiativen der Metropolregion Rhein-Neckar vernetzt. Beispielsweise mit dem „Forum Vereinbarkeit Beruf und Familie“, der Wirtschaftsförderung der Metropolregion Rhein-Neckar GmbH, dem Netzwerk „Vitaler Arbeitsmarkt“ usw. Ziel der Regionalstrategie ist die Aufbereitung regionalspezifischer Entwicklungen, der Austausch von guten Beispielen, die Vernetzung vorhandener Aktivitäten sowie die Erarbeitung von konkreten Handlungsempfehlungen für Kommunen, Unternehmen und Bürger zum Umgang mit den Chancen und Herausforderungen des demografischen Wandels. In kurzer Zeit hat die RDW schon vieles erreicht.

- Es besteht eine Plattform im Internet: Das „Leitsystem demografischer Wandel“ (www.leitsystem-demografiern.de). Diese Website entwickelt sich ständig weiter und spiegelt den aktuellen Stand des Wissens innerhalb der RDW wieder.
- Die Akteure stimmen sich auf regelmäßigen Treffen aber auch bilateral über gemeinsame Vorhaben ab. Erste konkrete Erfolge der verstärkten Zusammenarbeit sind bereits sichtbar:



1. Kommunale Demografiebeauftragte bilden mittlerweile einen eigenständigen Arbeitskreis.

2. Die Firmen und Kommunen sind zunehmend bereit ihr Know-How zum demografischen Wandel weiterzugeben.

- Durch die konsequente und offensive Öffentlichkeitsarbeit werden Kommunen und Unternehmen sensibilisiert. Zu einem Fachforum der RDW im Rahmen der regionalen Arbeitsmarktkonferenz mit über 400 Besuchern der regionalen Fachexperten-Szene erschienen 80 interessierte Multiplikatoren.

Frank Burkard
Referent für Öffentlichkeitsarbeit und Regionalentwicklung
Verband Region Rhein-Neckar
Körperschaft des öffentlichen Rechts
P 7, 20-21

68161 Mannheim

eMail: frank.burkard@vrrn.de

Erfolgreich steuern im demografischen Wandel– Strategien und Instrumente zur familienfreundlichen Entwicklung aus Baden-Württemberg

Christine Ehrhardt, M.A., FamilienForschung Baden-Württemberg im Statistischen Landesamt Baden-Württemberg

Familienfreundlichkeit ist für die Kommunen in ganz Deutschland eines der wichtigsten Zukunftsthemen. Das zeigen z.B. die Ergebnisse einer repräsentativen Befragung hauptamtlicher Bürgermeister/innen der Bertelsmann-Stiftung von 2007: Nach der Wirtschaftsförderung/Standortpolitik belegt das Handlungsfeld Familie/Jugend/Kinder immer einen der drei Spitzenplätze in der Rangordnung der besonders wichtigen kommunalen Politikfelder - bei Bürgermeistern kleinerer ebenso wie bei Bürgermeistern größerer Kommunen und unabhängig von deren parteipolitischer Verortung.

Die meisten Kommunen bieten heute ein breites Spektrum an familienfreundlichen Angeboten. Diese Ausgangslage führt aber bei der Mehrheit der Entscheidungsträger in den Kommunen offensichtlich nicht zu der Einschätzung, man sei für die gegenwärtigen Herausforderungen bereits bestens gerüstet. Vielmehr ist es wichtig, die bestehenden Angebote und Infrastrukturen für Familien, Jung & Alt angesichts des demografischen Wandels, des Wandels der Familienstrukturen und Geschlechterrollen sowie der gestiegenen Mobilität auf den Prüfstand zu stellen: Genügen die lokalen Entwicklungsstrategien den Herausforderungen des demografischen Wandels? Ist das Angebot in seinen Grundausrichtungen und Prioritäten noch stimmig? Treffen die Angebote den örtlichen Bedarf? Sind sie den Zielgruppen auch bekannt? Gibt es Über-/ Unterversorgungen? Werden die Mittel effizient eingesetzt? Sind die Akteure und Angebote miteinander vernetzt?

Um Wege zur Gestaltung des demografischen Wandels aufzuzeigen, hat die FamilienForschung Baden-Württemberg im Statistischen Landesamt Service- und Beratungsangebote entwickelt, die es den Kommunen im Land erleichtern, vor Ort in einen Prozess zur Weiterentwicklung der Familienfreundlichkeit einzusteigen. Je nach Ausgangslage kann der familienfreundliche Entwicklungsprozess zum Beispiel durch Instrumente wie die **„Handreichung Familienfreundliche Kommune“** und die **„Zukunftswerkstätten Familienfreundliche Kommune“** unterstützt werden.

Die Arbeitshilfe „Handreichung Familienfreundliche Kommune“ steht den Kommunen als „Kompass“ zur Seite. Sie bietet Entscheidungsträgern und familienpolitisch Aktiven in den Kommunen ein Raster von neun zentralen Handlungsfeldern, anhand derer sich eine strukturierte Bestandsaufnahme zu den familienfreundlichen Angeboten vor Ort durchführen lässt. Dabei will die Handreichung bewusst keine Standards zur Familienfreundlichkeit vorgeben, sondern jede einzelne Kommune dabei unterstützen, individuelle und angemessene Wege zu einer weiteren Schärfung des familienfreundlichen Profils zu beschreiten.

Das Bürgerbeteiligungsverfahren „Zukunftswerkstätten Familienfreundliche Kommune“ lässt neben den örtlichen Fachleuten auch die Familien selbst zu Wort kommen, um sicherzugehen, dass kommunale Angebote und Maßnahmen am konkreten Bedarf von Familien, Jung & Alt ansetzen. Mit einer „Zukunftswerkstatt Familienfreundliche Kommune“ als Auftaktveranstaltung und Initialzündung wird angesichts des demografischen Wandels vor Ort unter Beteiligung der Familien und der örtlichen Fachvertreter ein schlüssiges, praxistaugliches Handlungskonzept zur Weiterentwicklung der Familienfreundlichkeit entwickelt, das dem Bedarf vor Ort gerecht wird und das von allen Beteiligten mitgetragen und gemeinsam umgesetzt wird. Die teilnehmenden Kommunen werden dabei von der Erstberatung bis hin zur Beschlussfassung für konkrete Maßnahmen begleitet und bei Bedarf darüber hinaus auch bei der weiteren Umsetzung beraten. Bis 2010 werden voraussichtlich 40 Zukunftswerkstätten mit rund 4000 Beteiligten durchgeführt sein. Eine erste Evaluation zu Ergebnissen und Umsetzungserfolgen liegt vor.

Der Vortrag stellt die beiden Instrumente genauer vor, berichtet über Anwendungserfahrungen aus der praktischen Arbeit mit den Kommunen und bilanziert Wirkungen und Umsetzungserfolge.

Christine Ehrhardt, M.A. / Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
Referat 63 / FaFo - FamilienForschung Baden-Württemberg
Böblinger Straße 68

70199 Stuttgart

eMail: christine.ehrhardt@stala.bwl.de

Internet: www.faf0-bw.de

Illingen 2030 – keine Angst vor Schrumpfung dank Offenheit, pfiffiger Ideen und Bürger-Partizipation

Armin König, Bürgermeister Gemeinde Illingen -

Das Zukunftsprojekt „Illingen 2030“ hat in einem umfassenden, ganzheitlichen Partizipationsprozess Bevölkerung, Politik und Verwaltung der 18.000-Einwohnergemeinde im Saarland mit unangenehmen Fakten des demographischen Wandels konfrontiert. Wichtige Erkenntnisse nach Demographie-Check, Kick-off und acht partizipativen Zukunftswerkstätten: Schrumpfung ist kein Schicksal, sondern auch eine Chance für Neues. Und wenn Kommunen altern, ist mehr Solidarität nötig. Mehr politische Power für die Einwohner ist gewollt – das zeigt Erfolge. Über 1000 Bürgerinnen und Bürger haben sich bisher beteiligt. Jetzt wird akzeptiert, dass es keine Neubauten im Außenbereich mehr gibt. Der Flächenverbrauch am Rand wird begrenzt, um Infrastrukturkosten im Griff zu behalten. Dagegen wird die City gestärkt, damit auch der Einzelhandel seine Kräfte bündeln kann. Die Ansiedlung von Discountern an Ausfallstraßen ist gestoppt worden. Solche strategischen Entscheidungen erfordern Mut und Leadership auf Chef-Ebene.

Schwerpunktt Themen im demographischen Wandel sind Bildung (Ganztagsschule), Familienpolitik (Familienkarte), Wirtschaft (Standortsicherung, Profilierung, Vernetzung; Illtaler als Regionalwährung), soziale Infrastruktur, Leerstands-Management, die Umnutzung kommunaler Gebäude und Barrierefreiheit sowie interkommunale Kooperationen. Die Partizipation ist ausgeweitet worden, Ziel ist die Bürgerkommune. Durch Empowerment der Bürgerschaft wurde soziales Kapital akquiriert. Die Gemeinde realisierte in 24 Monaten zwölf Bürgerprojekte bis hin zum einem neuen kombinierten Kita-/Ganztagsschulprojekt, einem neuen JUZ (im leer stehenden Arbeitsamt) und dem ersten saarländischen kommunalen Abrissprogramm „Platz da“. Neue Projekte werden barrierefrei geplant.

Illingen 2030 hat auch Grenzen der Partizipation gezeigt. Unkonventionelle Ideen stoßen in partizipativen Prozessen nicht selten auf Vorbehalte. Unbequeme Anpassungsprozesse (Infrastruktur, kommunale Einrichtungen) wurden vertagt. Auch Verwaltungskooperationen erweisen sich als schwierig. Ein Modellprojekt mit vier Kommunen zeigte viele Vorbehalte insbesondere auf Fachbereichebene auf, wo man ängstlich auf Autonomie bedacht ist. Dagegen war die Entwicklung eines Integrierten ländlichen Entwicklungskonzepts (ILEK) ein Erfolg. 14 kleine und große Projekte werden über ein Regionalmanagement auf ihre Realisierungschance hin getestet. Im Bundeswettbewerb „Idee.Natur“ ist die Gemeinde Illingen im Zweckverband mit fünf weiteren Kommunen Bundessiegerin geworden und wird innovative Ansätze kooperativer Naturschutz-, Landwirtschafts- und Tourismuspolitik in einer urban geprägten Industrielandschaft erproben.

Wichtig ist, dass eine Kommune ihre Einwohner begeistern kann für solche Aktivitäten und dass sie Teil größerer Netzwerke wird. Das funktioniert dann am besten, wenn die Projekte sehr konkret sind, in einen attraktiven Rahmen passen und die Bürgerinnen und Bürger direkt betreffen.

Armin König
Bürgermeister Gemeinde Illingen
Saarland

eMail: ak@illingen.de

Masterplan Daseinsvorsorge - Eine regionale Anpassungsstrategie

Dr. Jens-Martin Gutsche (GGR Hamburg); Michael Glatthaar (pro loco Bremen); Axel Dosch (ZALF e.V. Müncheberg)

Im Rahmen des Modellvorhabens „Region schafft Zukunft“ erarbeiten die beiden Modellregionen Stettiner Haff und Südharz-Kyffhäuser einen so genannten „Masterplan Daseinsvorsorge“. Unter einem Masterplan versteht man – ganz allgemein – ein umfassendes Konzept mit konkreten Schritten zur Umsetzung einer Strategie. Beim „Masterplan Daseinsvorsorge“ geht es konkret um die Frage, wie die verschiedenen Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge an die Herausforderungen des demografischen Wandels angepasst werden können. Zur öffentlichen Daseinsvorsorge zählen z. B. die Leistungen und Angebote von Schulen, Kindergärten, Beratungseinrichtungen, ÖPNV, Straßen, Ver- und Entsorgungsinfrastrukturen, Gesundheitsversorgung usw.

Aufgrund der Vielzahl von Bereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge haben sich die beiden Regionen für den Zeitraum des Modellvorhabens „Region schafft Zukunft“ jeweils drei prioritäre Handlungsfelder ausgesucht, die sie in einem ersten Schritt bearbeiten möchten. Die Überlegungen sollen dann nach dem Modellprojekt auf weitere Handlungsfelder ausgeweitet werden, um so zu einem wirklichen „Masterplan“ zu kommen.

Für die Bearbeitung der ausgewählten Handlungsfelder wurde den beiden Regionen durch das Modellvorhaben „Region schafft Zukunft“ eine Begleitforschung zur Seite gestellt. Externes Fachwissen ist für regionale Anpassungsprozesse eine Voraussetzung, um eine fundierte Diskussionsbasis über die künftigen demographischen Herausforderungen zu schaffen. Dies umfasst sowohl die Kenntnis der einzelnen Handlungsfelder als auch das Wissen darüber, wie andere Regionen Anpassungsstrategien entwickeln. Eine neutrale Prozessmoderation („Projektassistenz“) ist die Voraussetzung für einen fruchtbaren Diskussions- und Einigungsprozess über zukünftige Anpassungsstrategien – nicht zuletzt als Vermittler zwischen konträren Positionen.

Dies ist bei regionalen und besonders bei Kreisgrenzen überschreitenden Kooperationen von besonderer Bedeutung. Die regionalen Prozesse in den Modellregionen bauen auf Freiwilligkeit auf und sind somit sensible und anfällige Konstruktionen. Gerade wenn – anders als in Wachstumsphasen – kein Überschuss verteilt werden kann, sondern es um den Umgang mit Rückgängen geht, sind die regionalen Abstimmungen oft schwierige Aushandlungsprozesse. Häufig ist darüber zu entscheiden, welche Leistungen der Daseinsvorsorge an welchen Orten weiterhin vorgehalten werden sollen und an welchem Ort sie künftig nicht oder in anderer Form erbracht werden.

Diese nicht immer einfachen Diskussionsprozesse sind von großer Wichtigkeit für die Regionen. Letztendlich müssen die regionalen Akteure die Anpassungsstrategien selbst entwickeln, denn für die künftige Umsetzung und Verstetigung werden sie die Verantwortung tragen. Begleitforschung und Prozessassistenz kann die Regionen nicht dauerhaft unterstützen.

Inhalte des Masterplans

Erster Schritt im Projekt „Masterplan Daseinsvorsorge“ war die Auswahl der prioritär zu behandelnden Themenfelder. Diese wurden zunächst durch die regionalen Akteure vorgeschlagen und dann nach den Kriterien „Handlungsnotwendigkeit“, „Handlungsmöglichkeiten“, „regionaler Mehrwert“ und „Träger der Infrastrukturen“ ausgewählt. Voraussetzung war, dass Politik und Verwaltung der jeweiligen Landkreise Einfluss auf die künftigen Entwicklungen nehmen können, indem sie entweder selbst Träger der Einrichtungen sind oder zumindest indirekt Einfluss ausüben können. Weiterhin war es wichtig, dass Themen ausgewählt werden, die über Kreisgrenzen hinaus relevant sind und bei denen die gemeinsame Bearbeitung durch zwei Nachbarkreise neue Wege eröffnet.

Im Ergebnis wurde in beiden Regionen das Thema „Schulentwicklungsplanung und ÖPNV“ ausgewählt. In der Region Stettiner Haff wurden zusätzlich die Themen „Nichtpolizeiliche Gefahrenabwehr (Schwerpunkt Brandschutz)“ sowie „Kulturelle Bildung (Schwerpunkt Musikschulen und Volkshochschulen)“ auf die Tagesordnung gesetzt. Die Region Südharz-Kyffhäuser wählte stattdessen die Themen „Gesundheitsvorsorge (Schwerpunkt Haus- und Fachärzte)“ und „Ältere Menschen mit Behinderung“.

Akteure und Arbeitsprozess

In den Modellregionen werden die Themen jeweils in einer Arbeitsgruppe mit etwa zehn bis 20 Teilnehmer bearbeitet. Der Prozess zur Erstellung des Masterplans beinhaltet für jedes der Themenfelder in etwa die folgenden Arbeitsschritte:

- eine detaillierte Datenanalyse der Ausgangssituation
- eine kleinräumige Bevölkerungsprognose bis zum Jahr 2025
- eine Analyse der zukünftigen Bedarfe
- die Gegenüberstellung dieser Nachfragemengen mit den aktuellen Angebotskapazitäten
- die Entwicklung von Szenarien möglicher Anpassungsstrategien
- die modellgestützte Ableitung von Kosten und Nutzen dieser Anpassungsvarianten
- eine vergleichende Bewertung der Alternativen
- die Ableitung eines Handlungskonzepts und die Verknüpfung mit konkreten Umsetzungsprojekten.

Was ist neu am „Masterplan Daseinsvorsorge“?

Auf Nachfragerückgänge wird nicht erst seit dem „Masterplan“ mit Anpassungsmaßnahmen reagiert. Dies zeigt u. a. die Vielzahl der in den letzten 15 Jahren geschlossenen Schulstandorte. Auch wäre es völlig unangemessen, behaupten zu wollen, die Anpassungen der Vergangenheit hätten „ohne Plan“ stattgefunden. Was ist also neu am Ansatz eines „Masterplans Daseinsvorsorge“?

Neu ist zuallererst der Ansatz, die einzelnen Handlungsfelder nicht getrennt als „Fachplanungen“ zu sehen, sondern sich um einen übergeordneten Blick auf die Gesamtheit der öffentlichen Infrastrukturangebote zu bemühen.

Neu ist zudem das Bestreben, die ausgewählten Themenfelder mit einem möglichst breiten Kreis an beteiligten Personen – auch außerhalb der Verwaltung – zu diskutieren und diese Diskussion mit detaillierten Szenarienberechnungen zu unterlegen.

Neu ist darüber hinaus der regionale, Kreisgrenzen überschreitende Ansatz des Masterplans. So werden die künftigen Anpassungsstrategien nicht nur innerhalb eines einzelnen Landkreises diskutiert, sondern es wird gemeinsam überlegt, wie Lösungen für die Gesamtregion aussehen können.

Vorläufige Ergebnisse

In den Modellregionen Südharz-Kyffhäuser und Stettiner Haff wurde im Rahmen des Programms „Region schafft Zukunft“ in sechs Arbeitsgruppen ein Jahr lang gemeinsam an langfristig tragfähigen Gestaltungsoptionen gearbeitet. Dabei konnten folgende Ergebnisse erzielt werden, die nun auf einer breiten fachlichen und kommunalpolitischen Basis präsentiert und diskutiert werden.

Versorgung mit Haus- und Fachärzten

Einen wesentlichen Aspekt bei der hausärztlichen Versorgung bildet der räumliche Versorgungsgrad, gemessen an der fußläufigen und ÖPNV- sowie der Pkw-Erreichbarkeit von Arztstandorten. Dabei sind die Hausärzte in den an die Modellregion angrenzenden Gemeinden mit zu betrachten.

Die Modellrechnungen ergeben, dass rund 60 % der Bevölkerung innerhalb von sechs, 90 % in bis zu zwölf Minuten einen Hausarzt mit dem PKW erreichen können. Da jedoch insbesondere die ältere Bevölkerung überwiegend auf den ÖPNV angewiesen ist, wurde seitens der Forschungsassistenz eine Auswertung zur Analyse der ÖPNV-Erreichbarkeit von Hausarztstandorten durchgeführt. Dabei wurden die Außerhauszeiten (Hinweg, Warte- und Behandlungszeit in der Praxis, Rückweg) bei einem 9-Uhr-Hausarzttermin in Abhängigkeit des Wohnstandortes und unter Zugrundelegung des aktuellen ÖPNV-Fahrplans ermittelt. Es zeigt sich, dass für einige Gemeinden in Randlagen insgesamt lange Außerhauszeiten ergeben.

Weiterhin wurde ein Modell entwickelt, mit dem die „Folgewirkungen“ von Standortwegfällen auf die wohnortnahe Versorgung gemessen und die Arztstandorte somit hinsichtlich ihrer Bedeutung für die flächendeckende Versorgung der Bevölkerung in der Modellregion bewertet werden können. Somit

lassen sich die Haus- und Facharztsitze identifizieren, denen hinsichtlich ihrer Versorgungswirkung eine besondere Bedeutung zukommt und deren Sicherung oder Nachbesetzung daher vordringlich zu verfolgen ist.

Weiterhin wird die Chance eröffnet, Effekte verschiedener Szenarien zu veränderten Angebotsstrukturen (z. B. Wegfall von Standorten, Öffnung der Krankenhäuser für ambulante fachärztliche Versorgung, Ausweitung der Kapazitäten an einzelnen Standorten) auf die regionalen Versorgungslagen abbilden und unter normativen Gesichtspunkten bewerten zu können. Sowohl die Kassenärztlichen Vereinigungen als auch die Regionalen Planungsgemeinschaften werden die Modellierungsergebnisse für ihre weiteren Planungen nutzen.

Schulplanung und ÖPNV

Das Handlungsfeld „Schule und ÖPNV“ wurde von beiden Modellregionen bearbeitet. Immer wieder machen mutige Regionen dabei von der Möglichkeit Gebrauch, im Rahmen eines Masterplanprozesses auch Gestaltungsvarianten durchzuspielen, deren Realisierung aktuell noch an den Schulgesetzen des jeweiligen Bundeslandes scheitern würde. Die aktuell zu beobachtende hohe Veränderungsrate von Schulgesetzen der Länder zeigt, dass aktuell eine günstige Zeit für konstruktive und durch Diskussionsprozesse und Modellrechnungen fundierte Alternativvorschläge ist.

Die weiterhin rückläufigen Schülerzahlen werden auch in Zukunft immer wieder Schulstandorte gefährden, weil die entsprechenden Mindestschülerzahlen nicht mehr erreicht werden, so die Berechnungen bis 2025. Hinsichtlich der Anzahl der betroffenen Standorte unterscheiden sich zum Teil auch benachbarte Kreise deutlich. Ein wesentlicher Einflussfaktor ist dabei nicht selten, wie strikt in der Vergangenheit gering ausgelastete Schulstandorte bereits geschlossen wurden. Neben der Schließung eines Standortes ist dessen Weiterbetrieb mit deutlich verminderter Schülerzahl oder die örtliche Kombination von Schulstandorten in der Sekundarstufe eine weitere Handlungsoption. Als neue Option wurde für den Kyffhäuserkreis das „gemeinsame Lernen“ bis Klasse 6 oder gar bis Klasse 8 als Gestaltungsszenario berechnet. Diese Szenarien ermöglichen neue Handlungsspielräume für Grund- und Sekundarschulen. Die Kostenberechnungen zeigten eine Einsparung im Schulverkehr, verbunden mit kürzeren Schulwegezeiten, während die Personalkosten konstant bleiben und fixe Kosten steigen.

Ältere Menschen mit Behinderung

Zunehmende Bedeutung erlangt die Gruppe der aus den Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM) altersbedingt ausscheidenden Menschen. Für diese gibt es bisher neben den WfbM nur die Möglichkeiten, in Pflegeheimen oder familiär betreut zu werden. Beide Alternativen entsprechen nicht optimal den Bedürfnissen der Betroffenen. Die Vereinbarungen im Rahmenvertrag des Landes Sachsen-Anhalt sind für eine selbstbestimmte Lebensgestaltung dieser Menschen hemmend. Es wurde daher in einem Positionspapier der regionalen Akteure der Handlungsbedarf in der Eingliederungshilfe und Pflegegesetzgebung artikuliert, mit dem Ziel, eine Flexibilisierung, Modularisierung und Experimentierklauseln zu erreichen.

Axel Dosch
Institut für Sozioökonomie
Leibniz-Zentrum ZALF e.V.
Eberswalder Str. 84

15374 Müncheberg

eMail: dosch@zalf.de; gutsche@ggr-planung.de; glatthaar@proloco-bremen.de

Mit der Dorflinde in die Zukunft Ein Dorf stellt sich dem demografischen Wandel

Jochen Vetter / Klösmühle

Situation in Langenfeld zu Beginn des 21. Jahrhunderts

Strukturwandel in der Landwirtschaft: Für den Ortskern heißt das: Aussiedlung weniger Vollerwerbsbetriebe, Wegfall von Nutzungen für viele Gebäude mit Leerstand, sinkende Einwohnerzahl, zunehmend Singlehaushalte und Überalterung

Reaktion der Langenfelder auf die sich abzeichnenden Probleme:

Verdrängen; Verharmlosung und Defätismus

In dieser Situation kommt 2002 das Konzept „Dorflinde“, ein umfassendes Dorfwirtschaftskonzept, das alle Aspekte des demografischen Wandels auf dem Land berücksichtigt. Zwei Ziele stehen dabei im Mittelpunkt:

- Belebung des Ortskerns, indem man dort einen Lebensmittelpunkt entwickelt für alle Generationen
- Neubelebung und Weiterentwicklung des Prinzips der Nachbarschaftlichkeit zu einem umfassenden intergenerativen sozialen Netzwerk

Die konkreten Schritte in Langenfeld:

- 2003: Ein kleiner Arbeitskreis, Informationsbesuche bei ähnlich orientierten Projekten, Bürgerversammlung, Suche nach Fördermitteln
- 2005: Das Bayerische Sozialministerium wählt Langenfeld für Mittelfranken aus für einen kleinen Modellversuch „Altern auf dem Lande“ – ein von externen Fachleuten moderierter Arbeitskreis. Als Folge dieses Arbeitskreises wurde eine Befragung der Alten im Dorf durchgeführt: was ihnen fehlt, was sie sich wünschen, wie sie sich im Ort fühlen usw. Darauf folgte eine weitere Befragung, in deren Verlauf alle Haushalte von Mitgliedern der Arbeitsgruppe aufgesucht und befragt wurden. Die Erkenntnis der Befragung: Nicht nur Alte, sondern alle Generationen haben Probleme, es geht um intergenerative Arbeit. Damit war man nun auch beim „Dorflinde“-Konzept angekommen, das in dem Arbeitskreis bis dahin so gut wie keine Rolle gespielt hatte...
- **2007:** Mit diesem Konzept wurde man in das MGH-Projekt des Bundesfamilienministeriums aufgenommen

Wie gewinnt man die Bürger

für ein Anliegen, das ein bisher verdrängtes Problem prophylaktisch angeht?

- eine Bürgerversammlung – Warum ohne Folgen?
- der Arbeitskreis „Alt werden in Langenfeld“ – Warum so erfolgreich?.

Gezielter Aufbau von Governance-Strukturen

- Grundlage für reibungslose Kooperation zwischen Gemeinde und Ehrenamtlichen:
- Gemeinderat und Arbeitskreis stehen in gegenseitiger Abhängigkeit
- Auf dem Land läuft viel auf der Vertrauens-Ebene, weil man sich ja kennt
- Kontrolle und Transparenz sind garantiert
- Bürgerschaftliches Engagement und Partizipation sind zwei Seiten einer Medaille

Öffentlichkeitsarbeit

Die Beschaffung von Anerkennung von außen als notwendige Motivation nach innen in Gemeinde und Arbeitskreis

Die Umsetzung des Aktionsprogramms

und die damit verbundenen weiteren Gemeindeentwicklungsziele sowie erste Auswirkungen auf die Gemeinde

Nachhaltigkeit des Projektes

Welche Faktoren und Entwicklungen sichern die Nachhaltigkeit des Projektes?

Effiziente Förderkulissen

speziell zur Stärkung des dörflichen ländlichen Raums in Deutschland

Das Referat wird durch Filmbeispiele ergänzt. Diese sind entstanden in einer Begleitforschung, deren filmischer Aufwand durch LEADER gefördert wurde.

Jochen Vetter

Klösmühle / eMail: servizio.om@t-online.de / www.servizio-om.de

»Regional Governance im Kulturbereich«

Patrick S. Föhl, Iken Neisener (FH Potsdam)

Seit dem Jahr 2006 erarbeitet die Forschungsgruppe »Regional Governance im Kulturbereich« des Studiengangs Kulturarbeit an der Fachhochschule Potsdam im Rahmen von Auftragsforschungen und hier vorwiegend durch die Erstellung von Kulturentwicklungskonzeptionen einen Forschungsbestand zu den Themen demografischer Wandel und (Regional) Governance im Kulturbereich. Es werden ausschließlich Projekte angenommen und bearbeitet, die – zumindest teilweise – einen inhaltlichen Bezug zu den Forschungsschwerpunkten aufweisen. Diese Begleitungsprojekte unterstützen die Praxis bei der Bewältigung gegenwärtiger Herausforderungen durch belastbare wissenschaftliche Bestandsaufnahmen, Analysen und Handlungsempfehlungen. Gleichzeitig leisten sie durch die Gewinnung von aktuellen qualitativen sowie quantitativen Materialien einen Beitrag zur kulturmanagerialen Forschung. Die Gutachten und Konzeptionen der Forschungsgruppe werden nach wissenschaftlichen Standards hinsichtlich ihres Aufbaus und ihrer Forschungssystematik aufbereitet, sodass sie für sich genommen bereits einen wissenschaftlich verwertbaren Aussagegehalt aufweisen.

Im Rahmen der Fachtagung »Vielfalt des demografischen Wandels - Eine Herausforderung für Stadt und Land« werden vor allem die Ergebnisse eines Forschungsprojektes präsentiert, dass im Oktober 2009 abgeschlossen wird. Hierbei handelt es sich um eine Kulturkonzeption für den Regionalen Wachstumskern Perleberg-Wittenberge-Karstädt. Im Rahmen einer Methodentriangulation (z. B. über 30 leitfaden-gestützte Interviews, quantitative Bürgerbefragung im Landkreis Prignitz, Vor-Ort-Besichtigungen) wurden u. a. die Themen »interkommunale Zusammenarbeit«, »strategische Kulturentwicklung« und »Qualifizierungsbedarf« im Kulturbereich beleuchtet. Diese Untersuchungen fanden vor dem Hintergrund der verschiedenen und einschneidenden Auswirkungen des demografischen Wandels in den Kommunen des Regionalen Wachstumskerns statt (vor allem Wittenberge hat u.a. einen immensen Bevölkerungsrückgang zu verzeichnen).

Die Kulturkonzeption hat modelhaften Charakter, da sie bereits in ihrer Strukturierung eine interkommunale Kooperation darstellt. Der Vortrag wird sich in diesem Kontext im Schwerpunkt auf den Tagungsschwerpunkt »Interkommunale Kooperation als Mittel zur Bewältigung des demografischen Wandels« beziehen.

Das Projekt wird gefördert durch das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (75% der Gesamtsumme). Ausgewählte Ergebnisse/Empfehlungen wurden bereits am 22. September 2009 im Beisein der Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg, Prof. Dr. Johanna Wanka, in Wittenberge vorgestellt.

Aufbau des Vortrages:

- Einführung in das Projekt (u.a. Forschungsdesign, Hintergründe, Untersuchungsfragen)/kurze Vorstellung der Forschungsgruppe
- Daten und Fakten zur untersuchten Region
- Das Thema Interkommunale Zusammenarbeit im Kontext des demografischen Wandels (hier auch Exkurse in andere Projekte und aktuelle Fachpublikationen)
- Ergebnisse hinsichtlich der (potenziellen) Zusammenarbeit der drei Kommunen vor dem Hintergrund des demografischen Wandels
- Zusammenfassung: Chancen und Herausforderungen der inter-kommunalen Zusammenarbeit im Kulturbereich

Patrick S. Föhl

Gründer und Leiter der Forschungsgruppe »Regional Governance im Kulturbereich« an der Fachhochschule Potsdam, lehrt an mehreren in- sowie ausländischen Hochschulen, ist freier Kulturberater und Autor zahlreicher Publikationen zum Kulturmanagement in Theorie und Praxis.

Iken Neisener

Projektleiterin in der Forschungsgruppe »Regional Governance im Kulturbereich« an der Fachhochschule Potsdam, arbeitet als freie Kulturberaterin und ist im Vorstand eines Non-Profit-Unternehmens.

Patrick S. Föhl
Leiter der Forschungsgruppe
»Regional Governance im Kulturbereich«,
Studiengang Kulturarbeit, FH Potsdam
Pappelallee 8-9
14469 Potsdam

eMail: team@regional-governance-kultur.de
Web: www.regional-governance-kultur.de

Interkommunale Kooperation im Mittelbereich von Kyritz

Roland Schröder; LPG Landesweite Planungsgesellschaft mbH

Die Stadt Kyritz, das Amt Neustadt (Dosse), die Gemeinde Wusterhausen/Dosse aus dem Landkreis Ostprignitz-Ruppin und die Gemeinde Gumtow aus dem Landkreis Prignitz bilden gemäß des Landesentwicklungsplanes Berlin-Brandenburg (LEP B-B) einen gemeinsamen landkreisübergreifenden Mittelbereich mit der Stadt Kyritz als Mittelzentrum. Im Sommer 2007 entschieden sich die Kommunen dafür, diese Kooperation in der sogenannten Kleeblattregion mit Leben zu füllen und gemäß der im LEP B-B formulierten Zielstellung eine Verantwortungsgemeinschaft zu bilden. Die Bildung einer solchen Verantwortungsgemeinschaft ist im Land Brandenburg bislang einzigartig, wodurch dem Kleeblatt-Verbund ein beachtlicher Pilotcharakter zukommt. Es wurde damit die Chance erkannt, dass in Zeiten knapper Finanzmittel und enger Handlungsspielräume der Kommunen nur durch eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit die demografischen Herausforderungen gemeistert werden können.

Kooperationsvertrag

Grundlage für die Kooperation war die Ausarbeitung eines Kooperationsvertrages, in dem alle wesentlichen Fragen der Kooperation geregelt werden. Dem ging die Erstellung eines Raumordnungskonzeptes voraus. Der Kooperationsvertrag wurde am 04. Juli 2007 zwischen der Stadt Kyritz, der Gemeinde Wusterhausen/Dosse und dem Amt Neustadt (Dosse) geschlossen. Die Gemeinde Gumtow ist derzeit als korrespondierendes Mitglied in alle Kooperationsprozesse und -entscheidungen eingebunden.

Ziele der Kooperation

- Sicherstellung der Daseinsvorsorge im Kooperationsraum
- Sicherung einer attraktiven Schienenanbindung der Kleeblatt-Region
- Erhaltung der vorhandenen Bildungsstandorte im Kleeblatt
- Weiterentwicklung und Qualifizierung des Bildungs- und Ausbildungsangebotes
- Gewährleistung einer ausreichenden medizinischen Versorgung
- Nutzung der wirtschaftlichen Potenziale in der Region unter besonderer Beachtung des Tourismus
- Umsetzung gemeinsamer Projekte zur Entwicklung der Region auf Grundlage eines jährlich fort-zuschreibenden Ziele-Maßnahmen-Kataloges
- Verstärkte Abstimmung von Arbeitsprozessen in den Verwaltungen der Kleeblatt-Kommunen
- Sicherung des Mittelzentrums Kyritz

Kooperationsrat

Im Juli 2007 wurde der Kooperationsrat gemäß des Kooperationsvertrages gebildet. Ihm gehören acht Mitglieder an, jeweils zwei Vertreter pro Gebietskörperschaft. Dabei sind die Verwaltungsleitungen (Bürgermeister bzw. Amtsdirektor) und die Vorsitzenden der gewählten Gremien jeweils die Mitglieder (SVV-Vorsteher, Amtsausschussvorsitzender, GVV-Vorsitzender). Dadurch werden die politischen Entscheidungsgremien aktiv im Gegenstromprinzip in alle Prozesse eingebunden. Somit kann der Kooperationsrat seiner Aufgabe als Herz und Motor der Kooperation gerecht werden. Alle Themen der Kooperation werden in ca. sechs Sitzungen pro Jahr erörtert und Beschlussempfehlungen gefasst. Darüber hinaus wurden thematische Arbeitsgruppen gebildet.

Kooperationsfonds

Gemäß dem Kooperationsvertrag wurde ein Kooperationsfonds zur Finanzierung von Kooperationsprojekten gebildet, der vom Amt Neustadt (Dosse) geführt wird. Die Mitglieder der Kooperation haben in den Jahren 2008 und 2009 jeweils anteilig nach Einwohnern Finanzmittel in den Fonds eingezahlt, um die gemeinsame Kooperation mit Leben zu füllen. Ab dem Jahr 2009 wird der Kooperationsfonds darüber hinaus mit den Mitteln aus dem Mehrbelastungsausgleich gemäß FAG Brandenburg ausgestattet. Damit besteht dann die Möglichkeit größere Kooperationsprojekte umzusetzen.

Meilensteine der Kooperation

Anfang November 2009	2. Kleeblatt-Workshop mit den Themen: <input type="checkbox"/> Vorstellung: Tourismuskonzept, Museenkonzept <input type="checkbox"/> Ziele-Maßnahmen-Katalog mit Prioritätensetzung für das Jahr 2010 <input type="checkbox"/> Umsetzung von Verkehrsmaßnahmen und Kooperationsprojekten in 2010
September 2009	Fertigstellung der Tourismuskonzeption und der Museenkonzeption
17.05.2009	Erster gemeinsamer Museumstag der Kleeblatt-Region
22.12.2008	Fertigstellung des Integrierten Verkehrskonzeptes für die Kleeblatt-Region
08.11.2008	1. Kleeblatt-Workshop mit rund 60 Multiplikatoren mit den Themen: <input type="checkbox"/> Stand der Landesentwicklungsplanung und Auswirkungen für die Region, <input type="checkbox"/> Integriertes Verkehrskonzept für die Kleeblatt-Region, <input type="checkbox"/> Abstimmung des Ziele-Maßnahmen-Kataloges 2009
11.10.2008	"PERSPECTA 2008": Erste gemeinsame Ausbildungs- und Perspektivenmesse
01.01.2008	Start des Kooperationsfonds
18.07.2007	Konstituierung Kooperationsrat
04.07.2007	Unterzeichnung des Kooperationsvertrages
Frühjahr 2007	Aufnahme der Stadt Kyritz als Mittelzentrum in den Entwurf des Landesentwicklungsplanes Berlin-Brandenburg (LEP B-B)
08.03.2007	Fertigstellung des Raumordnungskonzeptes für die Stadt Kyritz, das Amt Neustadt (Dosse) und die Gemeinde Wusterhausen/Dosse
13.11.2006	Erste gemeinsame Sitzung der Gremien der zukünftigen Kooperationspartner im Kulturhaus in Kyritz

Roland Schröder
LPG Landesweite Planungsgesellschaft mbH
Schönhauser Allee 84
D-10439 Berlin
eMail: r.schroeder@lpgmbh.de
www.landesweite-planungsgesellschaft.de

Demografischer Wandel in Hessen – Dialog und interkommunale Kooperation

Dr.-Ing. Kerstin Jaensch, HA Hessen Agentur GmbH

Die Einwohnerzahl Hessens wird bis zum Jahr 2050 voraussichtlich um rd. 9 % zurückgehen. Damit verbunden sind erhebliche Veränderungen in der Altersstruktur der Bevölkerung. Diese Entwicklung wird in den hessischen Landesteilen sehr unterschiedlich verlaufen. Während sich wegen der ökonomischen Attraktivität des Rhein-Main-Gebietes die Wanderungsströme regional vor allem auf Südhessen konzentrieren, wird die Bevölkerung in Mittelhessen und insbesondere in den nördlichen Landesteilen zukünftig teilweise bis zu 40 % zurückgehen.

Um dieser Entwicklung zu begegnen, ist das Land Hessen in verschiedenen Bereichen aktiv, wie z. B.:

Demografie-Dialoge und Praxisforen zum demografischen Wandel

Im Jahr 2008 hat die Hessische Staatskanzlei mit Hilfe der Hessen Agentur in 21 Städten, Gemeinden und Landkreisen **Demografie-Dialoge** unterstützt. Damit wurde das Ziel erreicht, in der Öffentlichkeit und bei lokalen und regionalen Akteuren ein Bewusstsein für die demografischen Herausforderungen zu schaffen. Die Demografie-Dialoge sind im Internet dokumentiert. Damit wird für andere Gebietskörperschaften praktisch nachvollziehbar, wie man den Umgang mit dem Thema „Demografischer Wandel“ vor Ort starten bzw. organisieren kann. Eine Palette von Möglichkeiten – je nachdem, welche Anknüpfungspunkte vor Ort vorhanden sind – wird aufgezeigt. Beispiele wie ein Bildungsforum, ein Markt der Möglichkeiten, eine Seniorenbefragung oder auch die Formulierung eines Stadtleitbildes veranschaulichen das breite Spektrum. Die Dialoge wurden ergänzt durch „**Praxisforen**“, in denen die Umsetzer von Projekten ihre Erfahrungen berichteten. Bisher wurden Praxisforen zu generationenübergreifenden Initiativen und zur Entlastung der mittleren Generation, die entweder Kinder oder (alte) Eltern betreuen und versorgen muss, durchgeführt. Die authentischen Berichte von lokalen Akteuren über ihre Schwierigkeiten und Erfolge bei der Umsetzung von Maßnahmen sind für andere Akteure besonders hilfreich und leisten einen wichtigen Beitrag dazu, den schweren Schritt von der Idee zur Umsetzung eines Projektes zu erleichtern.

Interkommunale Kooperation im Stadtumbau Hessen

Ein besonderer Schwerpunkt des Stadtumbaus in Hessen ist die interkommunale Zusammenarbeit. Hier nimmt Hessen mit 17 interkommunalen Vorhaben eine Sonderstellung unter den Bundesländern ein. Vor allem im ländlich geprägten Raum in Nordhessen, der stark vom demografischen Wandel betroffen ist, haben sich Kommunen zusammengeschlossen, um die Herausforderungen gemeinsam zu bewältigen. Die Einbindung und Vernetzung der örtlichen Akteure in den Stadtumbauprozess sind wesentliche Bestandteile dieser in die Zukunft weisenden integrierten Stadtentwicklung. Die Erfahrungen aus einzelnen Beispielen zeigen, wie interkommunale Kooperation zur Bewältigung des demografischen Wandels beitragen kann, z. B. durch ein interkommunales Leerstandsmanagement, wie es in den Kooperationen „Hinterland-Bad Laasphe“, „Mittleres FuldaTal“ oder „Sontra, Herleshausen, Nentershausen“ vorgesehen ist bzw. praktiziert wird. Ein gemeinsamer Gewerbeflächenpool, wie er in der Kooperation von Sontra, Herleshausen und Nentershausen geplant ist, kann außerdem Beiträge leisten zur Einsparung des Flächenverbrauchs und von öffentlichen Mitteln für die Erschließung. Im Rahmen von interkommunaler Kooperation ist auch die Begrenzung von Flächenausweisungen möglich, die sonst vor Ort viel schwerer vermittelbar sind und die eine Konzentration auf Innenentwicklung ermöglichen. Dies wird z. B. in der Kooperation „Hinterland-Bad Laasphe“ versucht. In interkommunaler Kooperation werden an einigen Standorten in Nordhessen z. B. auch Seniorendienstleistungszentren realisiert, die sich eine Gemeinde allein nicht leisten könnte.

Dr.-Ing. Kerstin Jaensch
HA Hessen Agentur GmbH
Standortentwicklung
Landes- und Kommunalentwicklung
A.-Lincoln-Str. 38-42
65189 Wiesbaden
eMail: kerstin.jaensch@hessen-agentur.de

Ortskernentwicklung als gemeinsame (Management-)Aufgabe begreifen: Der Zukunftsscheck Ortskernentwicklung und die Tool-Box

Klaus Mensing, CONVENT Mensing / Arndt Hauschild, LK Osnabrück

Worum geht's? Neue Herausforderungen für die Ortskerne

Jede Stadt oder Gemeinde hat einen mehr oder weniger schönen Ortskern mit noch vorhandenem Einzelhandelsbesatz. Die Qualitäten der Gemeinde hängen zudem ab von der Lage und der Attraktivität als Wohn- und Arbeitsstandort. Wir nehmen zudem an, dass die Gemeindeentwicklung insgesamt „okay“ ist, wir es somit nicht mit „Problemstandorten“ zu tun haben. In dieser mehr oder weniger typischen Kommune sind häufig **erste Warnsignale** wahrnehmbar:

- In den letzten Jahren haben einzelne Geschäfte geschlossen und stehen leer. Offen ist, ob Folgenutzungen vorhanden sind und welches leere Ladenlokal – oder ein anderer Standort – von neuen Anbietern präferiert wird.
- Es gibt im Ortskern Brachflächen, auf denen man „eigentlich was machen könnte“.
- Die Werbegemeinschaft dümpelt so vor sich hin, streitet sich jedes Jahr über die Weihnachtsbeleuchtung und „müsste eigentlich mal ...“. (Aber das ist ja nicht Aufgabe der Gemeinde.)

Diese Probleme gibt es so oder in ähnlicher Form in vielen Kommunen. Sie sind insbesondere Folge von **zwei Megatrends**:

- Die Entwicklung im Einzelhandel wie Filialisierung, inhabergeführte Fachgeschäfte ohne Nachfolge, Kofferraumeinkauf auf der grünen Wiese bedeutet weniger Läden bei wachsender Flächengröße und wird auch in Zukunft zu Schließungen kleiner inhabergeführter Fachgeschäfte führen; Folgenutzungen werden immer schwieriger. Das Internet (online-shopping) entwickelt sich – je nach Produkt – zu einer zusätzlichen Konkurrenz zu Fachgeschäften, bietet gleichwohl auch Chancen für Kundenansprache und Vertrieb.
- Der Demographische Wandel bedeutet langfristig weniger und schon heute vor allem ältere Kunden. Der Nachfragedruck sinkt, die Ansprüche der Kunden verändern sich.

Als Folge dieser Megatrends nehmen – lagebedingt – die Leerstände zu; Neuvermietungen oder Investments auf Brachflächen werden zunehmend schwieriger. Es kommt tendenziell zu Trading-down-Effekten im Ortskern, der doch eigentlich lebendiger und identitätsstiftender Mittelpunkt sowie Visitenkarte für Einwohner und Neubürger sein sollte – mit Konsequenzen für die Lebensqualität im ländlichen Raum. Es ist daher notwendig, die **Ortskernentwicklung als strategische und aktive Aufgabe** zu begreifen, um bei noch guter Entwicklung auf die Megatrends vorbereitet zu sein bzw. auf sie zu reagieren.

Zukunftsscheck Ortskernentwicklung als „Blaupause“

Da die meisten Kommunen vor grundsätzlich ähnlichen Herausforderungen stehen und tendenziell die gleichen Fragen beantworten müssen, macht es Sinn, von anderen zu lernen, um das Rad nicht immer wieder neu erfinden zu müssen.

Der **Zukunftsscheck Ortskernentwicklung bietet übertragbare Lösungsmöglichkeiten** durch Beantwortung folgender Fragen:

- Wie können die Akteure vor Ort die Attraktivität und Lebendigkeit ihres Ortskernes erhalten?
- Welche Chancen sind zu nutzen, um (weitere) Leerstände und Brachflächen zu vermeiden?
- Welche Instrumente gibt es schon und können leicht umgesetzt werden?

Strategische Ziele und Handlungsoptionen

Übergeordnetes strategisches Ziel ist ein **zentrumorientiertes Ortsentwicklungskonzept**, in dem die längerfristig orientierte Vision für den Ort und den Ortskern mit konkreten Aktivitäten und Aufwertungsstrategien für „die Mitte“ und den Geschäftsbesatz verknüpft wird. Folgende **Leitfragen** sind zu beantworten:

- Welche Bevölkerung („alt“ und „neu“) wohnt in 10 bis 15 Jahren im Ort? Und wie sind der Ortskern, der Geschäftsbesatz und die kommunale Infrastruktur dann aufgestellt?
- Wer kann und soll dann im Ort einkaufen (Zielgruppen) und welche Anreize bietet der Ortskern den Kunden in Zukunft?
- Welchen Geschäftsbesatz brauchen wir noch, und welche Standortfaktoren sprechen dafür, dass jemand im Ortskern ein Geschäft eröffnet?

Aus diesen strategischen Überlegungen lassen sich **drei wesentliche Handlungsfelder** ableiten, die jeweils mit klaren Zuständigkeiten weiter verfolgt werden:

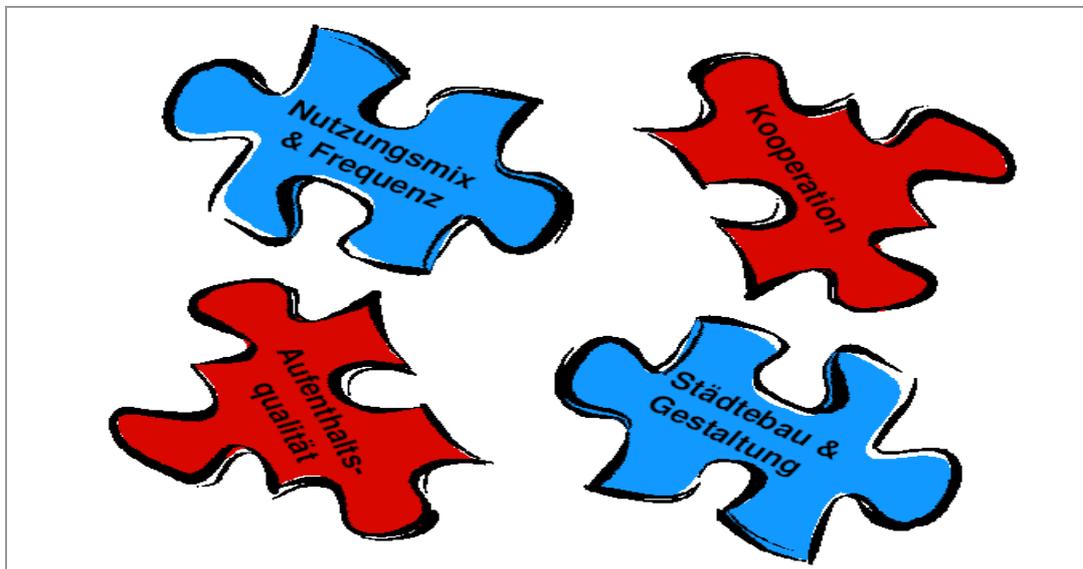
1. **Eine Vision der Ortsentwicklung erarbeiten** und diese Vision breit im Ort kommunizieren. Dies ist Sache der Gemeinde, jedoch in enger Kooperation mit Kaufmannschaft und Grundeigentümern.
2. **Erarbeitung eines „Masterplans Ortskern“**, der die Entwicklungspotenziale des Ortes, die Perspektiven des Geschäftsbesatzes, die vorhandenen Flächenpotenziale sowie städtebauliche und freiraumplanerische Fragen bündelt, in einen strategischen Zusammenhang zur Vision der Ortsentwicklung stellt und mit konkreten Maßnahmen unterlegt. Auch hier liegt die Federführung bei der Gemeinde, in Kooperation mit der Werbegemeinschaft bzw. den lokalen Akteuren.
3. **Aktivitäten der Kaufmannschaft und der Grundeigentümer**: z.B. Marketing- und Werbeaktivitäten, um a) neue Kunden zu gewinnen (wobei die Bindung der eigenen Bevölkerung im Vordergrund steht) und b) Geschäftsleute von außerhalb zu einem Engagement im Ortskern zu bewegen. Hier liegt die Zuständigkeit bei der Werbegemeinschaft oder dem City-Marketing bzw. der Kaufmannschaft in Kooperation mit den Grundeigentümern sowie der Kommune.

Vielfältige Impulse erfordern den Blick für's Ganze!

Die Gründe für wenig attraktive Ortskerne oder Leerstände sind vielfältig (Nutzung, Gebäudestandards, Marktumfeld etc.). Bei den Handlungsstrategien dominiert meist die objektbezogene Sicht von Grundeigentümern, Geschäftsinhabern etc. Dabei ist jedoch immer auch das **Standortumfeld** mit zu betrachten. Denn jeder Ladeninhaber hat ein Interesse an einem attraktiven Umfeld. Aber wer kümmert sich um „das Umfeld“? Wer managet das **Portfolio einer Geschäftstraße** oder eines Zentrums?

Wichtig ist der „**Blick für's Ganze**“, im Sinne eines „Puzzles“ (vgl. Abb. unten), um dann für einzelne Objekte und Standorte gemeinsame passgenaue Strategien zu erarbeiten für:

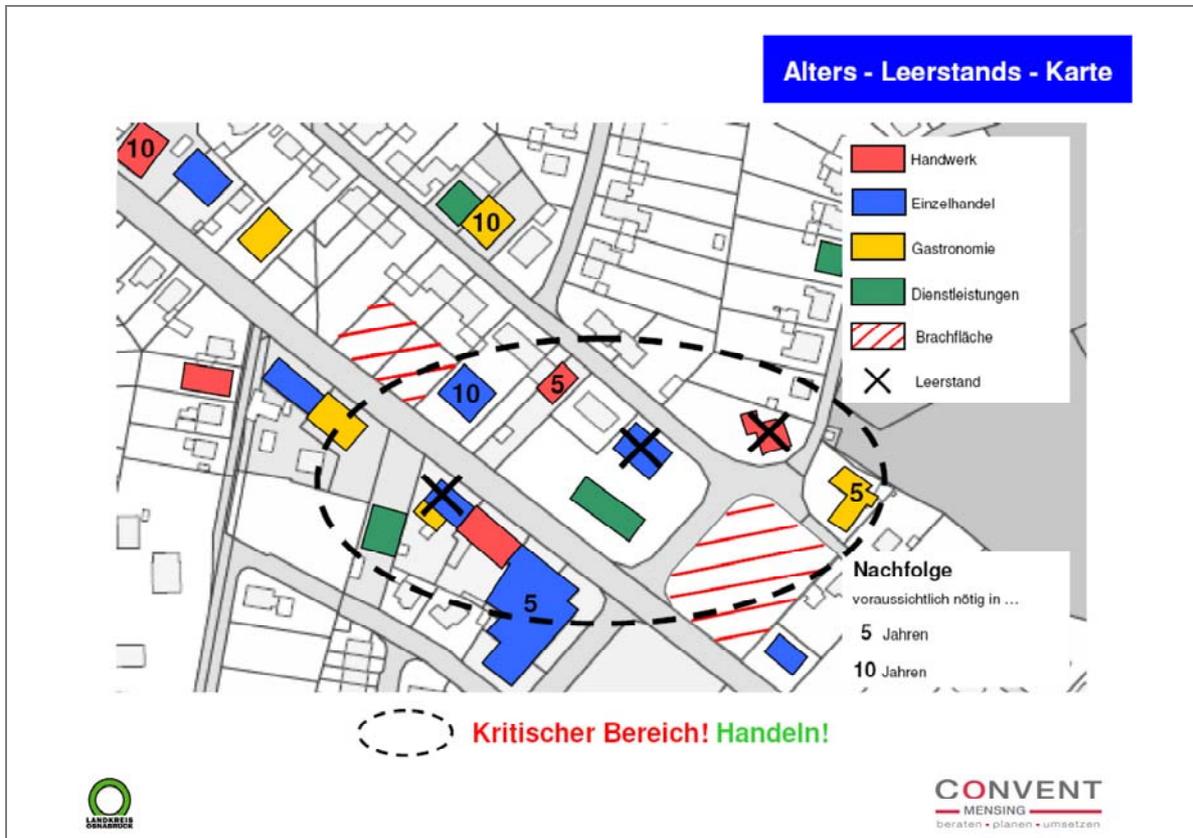
- Nutzung und Nutzungsmix als Voraussetzung für Frequenz und Attraktivität,
- Städtebau und Gestaltung als Voraussetzung für Aufenthaltsqualität,
- Kooperation der Grundeigentümer, Nutzer/Geschäftsleute und der Kommune als Voraussetzung für die erfolgreiche Umsetzung.



Hierzu hat der Landkreis Osnabrück in Zusammenarbeit mit dem Büro CONVENT Mensing eine **Toolbox mit wirkungsvollen und einfach umsetzbaren Instrumenten** entwickelt.

Die Toolbox umfasst alle wesentlichen Arbeitsschritte hin zu einem attraktiv(er)en Ortskern:

- ⇒ Die Analyse: z.B. mit der Alters - Leerstands - Karte (vgl. nachstehende Abbildung)
- ⇒ Die Strategie: z.B. über die Entscheidungsmatrix (Quartiers-Portfolio)
- ⇒ Die Umsetzung: z.B. mit Hilfe einer Standortgemeinschaft oder Quartiersinitiative für schnelle „greifbare“ Ergebnisse



Es gibt bereits **viele gute Konzepte und Ideen**. Häufig wird nichts daraus, weil es nicht gelingt, die Akteure vor Ort zu aktivieren, Strategien für die Situation vor Ort zu formulieren und durch eine Standortgemeinschaft oder ein Quartiersmanagement dauerhaft erfolgreiche Strukturen zu schaffen. Oft landen auch gute Pläne und Konzepte als Hochglanzbroschüre in der hintersten Ecke der Schreibtischschublade – da war doch ´mal was ...!

Was ist nun der Zukunftsscheck Ortskernentwicklung und was bietet die Toolbox?

Der Zukunftsscheck Ortskernentwicklung bietet **Vorgehensweisen und Instrumente**, die in über 10 Städten / Gemeinden im Landkreis Osnabrück laufen oder abgeschlossen sind.

- In extern moderierten Planerwerkstätten zeigen die Akteure vor Ort, „wo der Schuh drückt“, greifen die Megatrends im Einzelhandel und in der Demographie auf und erarbeiten umsetzbare Lösungen. In kurzer Zeit werden mit der fachlichen und „greifbaren“ externen Unterstützung in Form von Arbeitsmodellen, Test-Entwürfen, Kundenbefragungen und ähnlichen erprobten Werkzeugen Ideen für die Ortskernentwicklung gefunden.
- Diese Ideen können kurzfristig vor Ort umgesetzt werden: meist mit vergleichsweise wenig Geld, allerdings unter aktiver Mitwirkung der Grundeigentümer und Geschäftsleute sowie der Gemeindeverwaltung und -politik.
- Die Akteure machen aktiv mit und übernehmen einzelne Maßnahmen bis zur Umsetzung. Denn nichts beflügelt mehr als der sichtbare Erfolg! Hierdurch entsteht Motivation zum Weitermachen.

Die Toolbox bietet eine Fülle erprobter Instrumente, die bei der Ideenfindung und vor allen bei der Umsetzung der Ideen vor Ort helfen. Die Tools sind alle erfolgreich in der Praxis getestet worden! Die Toolbox ist somit kein „Hokuspokus“, sondern eine Sammlung einfacher und vor allem auch einfach umsetzbarer Lösungen bzw. Ideen. Langwierige Bestandsanalysen, aufwändige Planungen und langatmige Ergebnisberichte sind unnötig, stattdessen kann sofort „losgelegt“ werden!

Beispiele können hier aus Platzgründen nicht genannt werden. Die komplette Tool-Box erhalten Sie bei den Autoren oder im Internet unter www.landkreis-osnabrueck.de/planerwerkstatt.

Wenn Ortskernentwicklung so einfach wäre: Erfolgsfaktoren

Die bisherigen Ausführungen legen die Vermutung nahe, Ortskernentwicklung sei eine einfache Sache, wenn man nur die richtigen Instrumente hat. Ist der Zukunftsscheck Ortskernentwicklung also tatsächlich eine „Blaupause“? Die Antwort kann schon deshalb nicht pauschal positiv ausfallen, weil jeder Ort anders ist und in jedem Ort andere Akteure mit jeweils spezifischen Problemen zu kämpfen haben. Neben Sachfragen spielt selbstverständlich die Kommunalpolitik eine Rolle – und das „Zwischenmenschliche“. Sie kennen das. Aber es gibt **Erfolgsfaktoren**, die man im Auge behalten muss:

Entscheidend ist der aktive Einsatz des jeweiligen Bürgermeisters, der zudem weitere Akteure, z. B. einzelne Grundeigentümer, aktiviert. Dies hängt vom konkreten Nutzen des Themas im Kontext der kommunalen Entwicklung und der Kommunalpolitik ab, und zudem von dem Willen und „Planungsverständnis“, inwieweit seitens der Kommune ein über klassische Planungsleistung hinausgehendes Aktivieren der Akteure intendiert ist. Die aktive Unterstützung durch Politik und Verwaltung ist zwingend. Motto: Nicht nur beteiligen, auch bewegen!

Es ist zwingend ein externer Input, eine externe Moderation notwendig, denn ohne den Blick von außen und im Einzelfall „klare Ansagen“ geht es nicht. Diese oder dieser „Externe“ (bei den Planerwerkstätten zudem noch im Tandem mit dem zuständigen Fachdienstleiter des Landkreises Osnabrück) muss Moderator, Motivator, Missionar und Macher sein sowie Experte für (mindestens) die Themen Ortsentwicklung, Einzelhandel, Marketing, Demographie, Wohnen und Immobilienwirtschaft. Neben fachlichem Input und Moderation der Werkstätten geht es um das Aktivieren und Kümern vor Ort und das Nachverfolgen der vereinbarten Aufgaben.

Aufbau weitgehend selbst tragender Strukturen zur Umsetzung: Auch der beste Moderator wird nicht ewig vor Ort sein können. Es ist somit notwendig, dass die Akteure von Beginn an aktiv mitmachen und Maßnahmen bis zur Umsetzung übernehmen, um zu wissen, „wie das geht“.

Ortskernentwicklung ist ein stetig fortlaufender Prozess: Die Toolbox wird deshalb aus der Praxis heraus laufend um neue Tools ergänzt. Die Autoren freuen sich über anregende Kritik oder noch bessere Tools.

Klaus Mensing
CONVENT Mensing
Gerstädterstraße 9
20459 Hamburg
eMail: mensing@convent-mensing.de

Arndt Hauschild
LK Osnabrück
eMail: arndt.hauschild@lkos.de

Demografie-Check – Instrument für eine ziel- und wirkungsorientierte Steuerung des demografischen Wandels in der Landeshauptstadt Potsdam

Martina Trauth-Koschnick, Stadtverwaltung Potsdam

Der demografische Wandel zählt auf absehbare Zeit zu den großen Herausforderungen für die Kommunen. Die Gestaltung des demografischen Wandels und seiner Folgen ist eine kommunale Daueraufgabe, die Zeit und Ressourcen kostet, jedoch mittel- und langfristig gesehen eine Investition in die Zukunft darstellt, wenn es gelingt, die Chancen und Potenziale im Wandel zu entdecken und zu heben. Die Landeshauptstadt Potsdam zählt zu den wenigen Kommunen im Land Brandenburg und in der Bundesrepublik, deren Bevölkerung wächst. Bis zum Jahr 2020 werden voraussichtlich ca. 15.000 Menschen mehr in Potsdam leben als heute.

Dieses Bevölkerungswachstum bietet die Chance, die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Lage der Bevölkerung nachhaltig zu verbessern. Gleichzeitig stellt es die Stadt auch vor große Herausforderungen, denn die Struktur der Gesellschaft wird sich kontinuierlich ändern. Dies drückt sich in der Pluralisierung und Ausdifferenzierung der Lebensstile sowie einer zunehmenden Alterung der Bevölkerung aus und wird ein sich änderndes und unterschiedliches Nachfrageverhalten von kommunalen Leistungen zur Folge haben. Der demografische Wandel wird über die nächsten Jahre und Jahrzehnte die Entwicklung Potsdams mitprägen. Daher sind keine kurzfristigen und punktuellen Lösungen möglich. Notwendig ist eine fachübergreifend angelegte strategische Entwicklung des Gemeinwesens Stadt. Ziel eines langfristig orientierten Prozesses der Gestaltung des demografischen Wandels in Potsdam ist es, bei allen Akteuren aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft und freier Trägerschaften sowie auch bei der Bevölkerung ein Problembewusstsein hinsichtlich der Konsequenzen des demografischen Wandels zu schaffen, übergreifende Kommunikationsstrukturen einzuführen sowie aus gemeinsamen Zielvorstellungen konkrete Handlungskonzepte abzuleiten. Die neuen Anforderungen, die sich durch diese Entwicklung stellen, erfordern von den Kommunen auch die Anwendung bzw. Erprobung **neuer Instrumente**, die es ermöglichen die demografischen Prozesse besser zu steuern. Ein solches Instrument kann der für die Landeshauptstadt Potsdam entwickelte Demografie-Check sein. Als ein Baustein in einem ziel- und wirkungsorientierten demografischen Steuerungsprozess sensibilisiert er Politik und Verwaltung gleichermaßen für demografische Prozesse und Entwicklungen und kann die demografische Zielsetzung bzw. Handlungsfelder der Kommune befördern. Mit Hilfe eines Demografie-Checks sollen städtische Beschlüsse, Satzungen und Vorlagen vorab auf ihre Demografierelevanz geprüft werden. Dabei soll festgestellt werden, ob die demografische Zielsetzung der Kommune (demografische Leitziele) durch die Beschlüsse, Satzungen und Vorhaben gefördert bzw. wenig oder gar nicht beeinflusst wird. Das Instrument wurde von einer geschäftsbereichsübergreifenden Arbeitsgruppe Demografie der Stadt Potsdam neu entwickelt und von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen. Folgende Entwicklungsschritte wurden dabei realisiert:

1. Kommunikation, Information u. Transparenz über demografische Prozesse innerhalb und außerhalb der Verwaltung
2. Kleinräumige Analyse der kommunalen Ausgangssituation
3. Entwicklung eines demografischen Leitbildes
4. Identifizierung prioritärer Handlungsfelder
5. Festlegung und Gewichtung von 5 Prüfungskriterien

Mit dem Demografie-Check wird anhand einer Wirkungsbeitragsanalyse ein Wirkungsindex Demografie ermittelt. Dadurch ist es möglich, jede Entscheidung der Organe der Kommune hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf die demografischen Ziele quantitativ zu bewerten. Ab Oktober 2009 wird das Verfahren in einer einjährigen Pilotphase getestet und evaluiert. Mit diesem Schritt geht die Landeshauptstadt Potsdam einen Weg, der neue Anforderungen an Politik, Verwaltung und auch an die Stadtgesellschaft stellt.

Martina Trauth-Koschnick
Stadtverwaltung Potsdam
Gesundheits- u Sozialplanerin
Friedrich-Ebert Str. 79-81

14461 Potsdam

eMail: Martina.Trauth-Koschnick@rathaus.potsdam.de

Der Demografiecheck als Instrument einer integrierten Kommunalentwicklung

Christopher Toben, Landgesellschaft M-V mbH

Die im Bundesverband der gemeinnützigen Landgesellschaften (BLG) zusammengeschlossenen Entwicklungsgesellschaften für Städte und Gemeinden in ländlichen Räumen sind in ihrer täglichen Arbeit vielfach mit den Auswirkungen des demografischen Wandels konfrontiert. In vielen Kommunen und Regionen werden die zukünftigen Entwicklungschancen maßgeblich von der demografischen Entwicklung beeinflusst.

Vor diesem Hintergrund haben die Landgesellschaften einen Demografiecheck entwickelt, der helfen soll, mit den Problemen umzugehen und diese ggf. als Chance zu betrachten. Den Kommunen, Regionen und betroffenen Bürgern sollen so konkrete Perspektiven für die Zukunft eröffnet werden.

Der Demografiecheck gliedert sich in die folgenden vier Arbeitsphasen:

Phase 1 ► **Orientierung- und Sensibilisierung.**

Phase 2 ► **Kommunalinventarisierung.**

Quantitative Erhebung aller infrastrukturellen Einrichtungen;
Ableitung von Entwicklungsdefizite und Entwicklungsszenarien.

► **Analyse und Bewertung von Stärken/Schwächen bzw. Chancen / Risiken.**

► **Bürgerbeteiligung** in thematische Arbeitsgruppen;
Ziel: Identifizierung von Kooperationsmöglichkeiten/ -projekten.

Phase 3 ► **Demografische Leitbilddiskussion mit Festlegung der zukünftigen regionalen raumfunktionalen Arbeitsteilung.**

► **Erstellung eines integrierten demographischen Handlungskonzeptes** mit Moderation der Bürgerbeteiligung und der interkommunalen Zusammenarbeit sowie Kommunikation des Prozesses.

► **Breite Akteurs- und Bürgerbeteiligung zur transparenten Lösung von Einzelstandortfragen.**

Phase 4 ► **Umsetzungsmanagement durch die Landgesellschaften.**

► **Laufende Betreuung des Umsetzungsprozesses.**

Kosten und Nutzen.

Die vermiedenen dauerhaften Kosten für die Aufrechterhaltung nicht mehr auszulastender Infrastruktur sowie durch effiziente Neuinvestitionen wiegen die Ausgaben für den Demografiecheck als solches mehr als auf. Knappe Fördermittel können effizienter eingesetzt werden. Insofern liegt die Kostensparnis sowohl bei den Kommunen, als auch bei den Ländern.

Christopher Toben
Abteilungsleiter
Stadt- und Regionalentwicklung
Landgesellschaft M-V mbH
Lindenallee 2a
19067 Leezen
eMail: christopher.toben@lgm.de

Die Einführung des „Demografie-TÜV“ und seine Umsetzung in Sachsen-Anhalt – verbindlich oder operativ?

Wilfried Köhler, Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr des Landes Sachsen-Anhalt

Sachsen-Anhalt hat sich für die EU-Strukturfonds gegenüber der Europäischen Kommission zu einer demografie-sensiblen Bewertung von Infrastrukturinvestitionen verpflichtet. So müssen strukturpolitische Maßnahmen, die auf die Förderung von Potenzialfaktoren und die Beseitigung von Entwicklungshemmnissen gerichtet sind, zukünftig demografische Rahmenbedingungen und Herausforderungen als wesentlichen Faktor berücksichtigen.

In einem gutachterlichen Verfahren wurden alle Operationellen Programme – EFRE, ESF und der EPLR/ELER – für die Strukturfondsperiode 2007 bis 2013 – im Jahr 2007 überprüft. Im Ergebnis wurde ein Katalog mit Ansatzpunkten und Kriterien entwickelt, die zu einer demografie-sensiblen Ausrichtung der zu fördernden Projekte beitragen sollen. Ansatzpunkte sind dabei

1. Anreize
2. Entscheidungsunterstützende Maßnahmen
3. Planungsgrundlagen
4. Finanzielle Kriterien
5. Projektumfeld
6. Flexible Nutzungskonzepte
7. Standortbezogene Entscheidungen

Sachsen-Anhalt ist damit das erste Bundesland, das die Einführung eines Demografie-TÜV für alle EU-Strukturfonds und Förderprogramme des Landes beschlossen hat. Mit Kabinettsbeschluss vom Juni 2008 müssen alle Ressorts ihre Förderprogramme dahingehend überprüfen. Die demografie-sensible Ausrichtung muss sich dabei in die Ziele der jeweiligen Fördermaßnahme einfügen, auf keinen Fall darf der Demografie-TÜV Förderentscheidungen dominieren oder gänzlich verhindern. Er soll unterstützen aber nicht behindern, er soll nachhaltig sein aber Entwicklungen nicht bremsen.

In einer ersten Evaluierung im Frühjahr 2009 gestaltet sich die Einführung von demografie-sensiblen Kriterien in den Fachressorts als Herausforderung. Die Notwendigkeit der demografie-sensiblen Ausrichtung wird erkannt, der Umsetzungsgedanke ist in den Ressorts fest verankert, die Ausführung wird aber diskutiert, da sowohl nach gutachterlicher Einschätzung als auch nach dem Willen des Ministeriums für Landesentwicklung und Verkehr des Landes Sachsen-Anhalt es zunächst den Ressorts überlassen bleiben soll, über den für sie geeigneten Umsetzungsweg zu entscheiden.

Wie der „Demografie-TÜV“ als strategisches Planungsinstrument für langfristig relevante Entscheidungen in Sachsen-Anhalt praxisnah angewendet wird, welche Auswirkungen dies auf die Förderentscheidung hat und Qualifizierungsangebote für Bedienstete angeboten und angenommen werden, soll in dem Vortrag dargestellt werden.

Wilfried Köhler

Ministerium für Landesentwicklung
und Verkehr des Landes Sachsen-Anhalt

S2, Demografische Entwicklungen, Prognosen, Sicherung der Raumordnung
Turmschanzenstraße 30

39114 Magdeburg

eMail: heidler@mlv.sachsen-anhalt.de

www.demografietage.de – Ein Konzept zur Identifikation kommunaler Anpassungserfordernisse an den demografischen Wandel

Nikolaus Teves, Handwerkskammer Mannheim

Dem Handwerk kommt bei der Gestaltung zukünftig erforderlicher Lebensbedingungen eine große Bedeutung zu. Handwerk gestaltet die Bedingungen für Bauen, Wohnen, soziale Strukturen, Freizeit, Kultur und Mobilität. Handwerk ist wichtiger Dienstleister bei der gesundheitlichen Betreuung: Augenoptik, Hörgeräteakustik, Zahntechnik, Orthopädieschuh-technik, Orthopädietechnik. Handwerk ist Versorger mit Lebensmitteln: Bäcker, Metzger, Konditoren und Handwerk ist überwiegend kommunaler Wirtschaftsfaktor.

Im Jahr 1998 wurden bei der Handwerkskammer Mannheim gemeinsam mit dem Seniorenbüro der Stadt Mannheim erste Überlegungen angestellt, wie es angesichts der absehbaren demografischen Entwicklung sicher gestellt werden kann, ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger kostengünstig mit handwerklichen Dienstleistungen zu versorgen. Aus diesen Anfängen heraus entwickelte sich eine ganze Reihe von Aktivitäten zum demografischen Wandel. Im Jahr 2003 fanden im Auftrag des baden-württembergischen Wirtschaftsministeriums 12 Veranstaltungen zum Wohnen im Alter und bei Behinderung statt, bei denen insgesamt 68 Referentinnen und Referenten zu 86 Bereichen der älter werdenden Gesellschaft Stellung bezogen. Im Anschluss daran wurde ein Schulungsangebot mit Schwerpunkt Barrierefreiheit entwickelt und von Kommunen übernommen.

Im Jahr 2008 fanden in der Gemeinde Mudau (Neckar-Odenwald-Kreis, Baden-Württemberg) die ersten www.demografietage.de statt. Dabei wurden an mehreren Tagen die kommunalen Strukturen und ihre Anpassungsmöglichkeiten an den demografischen Wandel im Dialog mit der Bevölkerung, Entscheidungsträgern und Multiplikatoren analysiert: Kindergärten, Schulen, Vereine, Versorgung, Kultur, Mobilität, Sport, Nahverkehr, Handwerk, Einzelhandel, Industrie, Gewerbe, Fremdenverkehr, Wohnen. Anschließend wurde ein Maßnahmenkatalog entwickelt.

In Städten wie Sinsheim, Schwetzingen, Mannheim, Heidelberg, Lindau, Bensheim und vielen anderen Gemeinden haben sich Oberbürgermeisterinnen, Oberbürgermeister und Bürgermeister, Landräte und Abgeordnete des Bundestags und der Landtage bereit erklärt, als Schirmdamen und Schirmherren das Konzept der www.demografietage.de zu unterstützen. Der Vortrag gibt einen Überblick über theoretische Basisüberlegungen, Probleme bei der Entwicklung umsetzungsfähiger Konzepte, Widerstände und Förderungen durch Beteiligte und das System der Motivation und Kommunikation.

Nikolaus Teves
Handwerkskammer Mannheim
Rhein-Neckar-Odenwald
B 1, 1-2
68058 Mannheim

eMail: teves@hwk-mannheim.de

Nachfrageorientierte Bestandsentwicklung – Eine Anpassungsstrategie der Wohnungswirtschaft im demographischen Wandel

Rebecca Eizenhöfer / Heidi Sinning, Daniela Ziervogel – FH Erfurt

In schrumpfenden Stadt-Regionen stellen das Überangebot von Wohnungen und der Wandel vom Vermieter- zum Mietermarkt die Wohnungswirtschaft vor dem Hintergrund der demographischen Veränderungen weiterhin vor große Herausforderungen. Gleichzeitig wandeln sich die Ansprüche der sich ausdifferenzierenden Nachfrager an das Wohnen. Alterung, neue Lebens- und Haushaltsformen sowie gesellschaftliche Veränderungen und technische Entwicklungen tragen dazu bei, dass sich die Wohnungswirtschaft stärker auf die spezifischen Bedürfnisse der Nachfrager im Sinne einer Zielgruppenorientierung konzentrieren muss, um im zunehmenden Wettbewerb auf dem Wohnungsmarkt zu bestehen. Die Betrachtung der verschiedenen Zielgruppen zieht außerdem Fragen der Bezahlbarkeit nach sich. Die Entwicklung der „Zweiten Miete“ und ein zu erwartendes Ansteigen der Altersarmut unterstreichen die Relevanz dieses Aspektes.

Der Beitrag befasst sich mit den Fragen, welche Strategien zur Stabilisierung demographischer Prozesse und Strukturen von Wohnungswirtschaft und Städten aktiv verfolgt werden, welche positiven Erfahrungen mit Konzepten einer nachfrageorientierten Bestandsentwicklung sich identifizieren und welche Folgerungen sich daraus ableiten lassen. Die empirische Basis beruht dabei auf dem BMBF-Forschungsprojekt „Nachfrageorientierte Bestandsentwicklung in der Wohnungswirtschaft“. Im Rahmen einer interdisziplinären Betrachtung werden innovative Lösungen erarbeitet und zusammen mit den vier am Projekt beteiligten Wohnungsgenossenschaften aus den Städten Berlin und Erfurt modellhaft umgesetzt.

Dabei liegen aus Sicht der nachfrageorientierten Bestandsentwicklung wichtige zukünftige Aufgaben der Wohnungswirtschaft in der Verbesserung des Wohnumfeldes und des Quartiersimages, der Entwicklung von neuen Wohnformen, Servicekonzepten und Marketingstrategien unter stärkerer Mitwirkung der Bewohner. Die Bedürfnisse und Wünsche der Nachfrager sollten sich in den Wohnangeboten widerspiegeln. Gerade die genossenschaftliche Wohnform mit dem Anspruch der besonderen Mitgliederförderung gemäß den Genossenschaftsprinzipien Selbstverwaltung, Selbstverantwortung und Selbsthilfe bietet erhebliche Potenziale und stellt zugleich Anforderungen, den gewachsenen Ansprüchen der (zukünftigen) Bewohner gerecht werden zu können.

Aus der Analyse zahlreicher weiterer Praxisbeispiele werden Erfolgskriterien abgeleitet. Projekte, die nachfrageorientierte, qualitätsvolle und effiziente Ansätze verfolgen und erfolgreich umgesetzt haben, werden dazu als Best Practices für die Handlungsfelder 'Wohnformen', 'Wohnumfeld', 'Servicekonzepte', 'Marketingstrategien', 'Kooperationen und Partnerschaften' herangezogen. Als weiteres Handlungsfeld werden kommunikative Methoden zur Verfolgung der Nachfrageorientierung in der Bestandsentwicklung ausgewertet und kritisch reflektiert.

Prof. Dr. Heidi Sinning
Rebecca Eizenhöfer
Daniela Ziervogel

eMail: sinning@fh-erfurt.de
eMail: eizenhoefer@fh-erfurt.de
eMail: daniela.ziervogel@fh-erfurt.de

ISP - Institut für Stadtforschung, Planung
und Kommunikation der Fachhochschule Erfurt
Altonaer Straße 25

99085 Erfurt

www.fh-erfurt.de/isp

Alte Instrumente - neu anwenden.

Konsequenzen des demographischen Wandels für die Bauleitplanung.
Praxisbeispiele aus Südniedersachsen

K. Scheuer, PLANERWERKSTATT 3 Hannover

Mit dem Thema demographischer Wandel setzte ich mich im Rahmen meiner beruflichen Tätigkeit für zahlreiche ländliche Gemeinden als freier Planer bereits seit vielen Jahren auseinander. **Konsequenzen für die kommunale Siedlungsentwicklung** in den besonders strukturschwachen und von dramatischem Bevölkerungsrückgang gekennzeichneten Räumen Südniedersachsens (LK Holzminden u.a.) müssen sich aus meiner Erfahrung u.a. auch in einem Neuverständnis und einem geänderten Umgang mit den .klassischen. Instrumenten der **kommunalen Bauleitplanung** (Flächennutzungs- und Bebauungspläne) niederschlagen. Dazu könnte ich anhand unterschiedlicher **konkreter Beispiele aus der kommunalen Planungspraxis** berichten und von den Schwierigkeiten aber auch Lösungsansätzen auf der Suche nach dem richtigen Weg berichten.

Inhaltsübersicht

Neue Leitbilder für die räumliche Siedlungsentwicklung

- Neue Flächenangebote nur noch in Ortslagen mit Infrastruktureinrichtungen Ortslagen ohne Infrastrukturangebote nur noch Eigen-/Innenentwicklung (Beispiel: Gemeinde Liebenburg LK Goslar u.a.)

Überarbeitung von Flächennutzungsplänen (FNP)

- Neuaufstellung als Chance zur Bewusstmachung
- Bevölkerungsprognosen und Rücknahme bisheriger Flächenausweisungen
- Austausch nicht umsetzbarer Neubaufächen gegen bessere Standorte.
- Organisieren des Umbaus. statt .Verteilen von Wachstum. (Qualität vor Quantität)
- Nutzung erschlossener innerörtlicher Flächen vor Neuausweisungen am Ortsrand
- Flächenumwidmung als Beitrag zur Stützung fallender Grundstückswerte (Beispiele: Samtgemeinden Stadtoldendorf und Eschershausen LK Holzminden u.a.)

Neue Aufgaben für Bebauungspläne (B-Plan)

- Stärkung und Sicherung der Innenentwicklung durch B-Pläne
- Anpassung überholter Festsetzungen Flächenrecycling und Baulückenaktivierung Umnutzung und Nachverdichtung (Beispiele:: Flecken Bevern LK Holzminden, Flecken Duingen LK Hildesheim u.a.)

Fazit:

Bauleitplanung nicht mehr nur Verteilerinstrument., sondern geeignetes Instrumentarium für den geordneten Umbau: Statt .Wachstum verteilen. - .Umbau organisieren.

K. Scheuer
Städtebauassessor und Architekt
PLANERWERKSTATT 3
Stephanusstr.23
30449 Hannover
eMail: scheuer@planerwerkstatt3.de

Vom Konzept zum Ereignis: Öffentlichkeitsarbeit als strategischer Ansatz bei der Bewältigung des demografischen Wandels

Helke Wendt-Schwarzburg / Susanne Schön, inter 3 Institut für Ressourcenmanagement Berlin

Die Kommunen bei der Bewältigung des demografischen Wandels nicht alleine lassen, mit den Bürgerinnen und Bürgern über das Thema reden, ein Bewusstsein schaffen – diese Sätze stehen so oder so ähnlich in der Präambel vieler Demografie-Konzepte. Doch der Einsatz einer gezielten Öffentlichkeitsarbeit als strategisches Element bei der Bewältigung des demografischen Wandels ist eine rare Ausnahme, von der in diesem Beitrag berichtet werden soll:

Im Ergebnisforum des BMVBS-Modellvorhabens „Demografischer Wandel – Region schafft Zukunft“, in dem die Beteiligten aus den Regionen, den Ländern und dem Bund die wichtigsten Ergebnisse zusammentrugen, wurde die positive öffentliche Aufmerksamkeit, die das Modellvorhaben in den Regionen für eine offensive Gestaltung des demografischen Wandels erhielt, als Erfolgsfaktor herausgestellt. Sich schwierigen, vermeintlich unbeeinflussbaren Entwicklungen nicht zu ergeben, sondern darüber zu reden, sie aktiv anzugehen, Verschiedenes auszuprobieren, Grenzen zu überschreiten und sich auf das Eigene zu besinnen – all dies kam in den Regionen gut an, löste Zusammengehörigkeitsgefühl aus und verdeutlichte, dass konzertierte Aktionen weiterhelfen können. Die zuvor meist kritische Berichterstattung zum Thema „Demografie“ hatte eine positive Dimension hinzugewonnen, ohne das schwierige Thema Anpassung zu verharmlosen.

Diese positive öffentliche Aufmerksamkeit ergab sich nicht von selbst. Vielmehr finanzierte das BMVBS neben der wissenschaftlich-fachlichen Unterstützung der Modellregionen auch eine regionale und überregionale Öffentlichkeitsarbeit als immanenten strategischen Bestandteil des Modellvorhabens. Damit sollten sowohl das Modellvorhaben selbst als auch die konkreten Projekte der Modellregionen einer breiten Öffentlichkeit bekannt gemacht werden.

Wie unterscheidet sich diese Öffentlichkeitsarbeit von der sonst üblichen, eher fachlich-wissenschaftlich geprägten Publikationstätigkeit? Mit welchen Instrumenten arbeitet sie? Welche Primär- und Sekundär-Effekte dieser Öffentlichkeitsarbeit konnten im Modellvorhaben „Demografischer Wandel – Region schafft Zukunft“ beobachtet werden? Wie kann sie als strategischer Ansatz im Umgang mit dem demografischen Wandel genutzt werden? Zu diesen Fragen nimmt der Beitrag detailliert Stellung: Referiert an konkreten Beispielen die Erfahrungen und Erkenntnisse, wägt Aufwand und Nutzen ab, gibt konkrete Hinweise und Hilfestellungen.

Eine erfolgreiche Öffentlichkeitsarbeit reproduziert sich, zumindest in Teilen, selbst. Nach einiger Zeit erkundigten sich einige Journalist(inn)en regelmäßig bei den Modellvorhabens-Machern nach dem Stand der Dinge, Neuigkeiten und Berichtsanlässen und übten damit sanften Druck auf die Beteiligten aus, das Vorhaben voranzutreiben und in ihren Bemühungen nicht nachzulassen. Auch das sollte Anlass sein, die Bewältigung des demografischen Wandels nicht im stillen Kämmerlein voranzutreiben, sondern die vielfältigen Effekte der Öffentlichkeitsarbeit strategisch zu nutzen.

Helke Wendt-Schwarzburg
Susanne Schön

inter 3 Institut für Ressourcenmanagement
Otto-Suhr-Allee 59
D - 10585 Berlin

eMail: schoen@inter3.de
eMail: wendt-schwarzburg@inter3.de

Demographische Verträglichkeitsprüfung

Entwicklung einer Methodik und eines Werkzeugs für Kommunen

Prof. Dr.-Ing. Lothar Koppers¹ / Prof. Dr. Holger Baumann¹ / Marion Schilling² / Frank Benndorf¹ / Dennis Straten¹

Hochschule Anhalt (FH)¹, Regionale Planungsgemeinschaft Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg²

Zu den kostenintensivsten Aufgaben kommunaler Institutionen gehören Investitionen zur Daseinsvorsorge, die zu erheblichen Anteilen als Beiträge auf betroffene Bürger verteilt werden und hohe Belastungen verursachen. Mit anderen Investitionen, die andere Arten der Daseinsvorsorge betreffen, wie zum Beispiel Schulen, werden die Bürger indirekt über die kommunalen Ausgaben belastet, indem entsprechend weniger Mittel für andere Aufgaben zur Verfügung stehen.

Betrachtet man einmal den Bereich der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung, so ergeben sich bestimmte, von demographischer Entwicklung beeinflusste Kostenstrukturen. Die Kosten müssen nach Kommunalabgabengesetz auf die beteiligten Bürger umgelegt werden, da die Zweckverbände, Kommunalunternehmen und Gemeinden kostendeckend arbeiten müssen.

Häufig werden die Beiträge zu einer Baumaßnahme in einen sofort zu begleichenden Anteil und einen verbrauchsbedingt gestalteten, kreditfinanzierten Anteil unterteilt. Während der erstere den aktuellen Grundstückseigentümern angelastet wird, ist der kreditfinanzierte Anteil in der Rückzahlung abhängig vom durchschnittlichen persönlichen Verbrauch und der Anzahl der verbrauchenden Personen und der Laufzeit der Kredite, die üblicherweise 30 Jahre beträgt.

In Zeiten schwindender Bevölkerung müssen die Kalkulationen der kreditfinanzierten Anteile ständig überprüft und die Kosten angepasst werden. Dies kann zu übermäßigen Belastungen verbleibender Bürger führen, aber auch nicht notwendige Überkapazitäten sollten vermieden werden.

Die dahinter stehenden komplexen Strukturen sind nicht offensichtlich und verlangen professionelle Analysen. Sie werden in Analogie zur Umweltverträglichkeitsprüfung als Demographische Verträglichkeitsprüfung (DVP) bezeichnet. In der DVP werden kleinräumige Bevölkerungsvorausberechnungen mit Abschätzungen von Nutzerzahlen kombiniert. Das Ergebnis einer solchen Überprüfung ist eine Handlungsempfehlung für kommunale Entscheider. Auf der Basis der aktuellen demographischen Entwicklung und einer stabilen Abschätzung zukünftiger Entwicklungen kann dies ein Hinweis sein, dass der geplante Weg weiter gegangen werden sollte oder eine Fehlentwicklung darstellt. Eine qualifizierte Überprüfung kann zudem Hinweise auf Alternativlösungen geben.

Die Entscheidung an sich verbleibt natürlich beim Entscheidungsgremium. Die DVP vermeidet Fehlinvestitionen und Überkapazitäten. Sie sorgt für den Erhalt bezahlbarer Wohnqualität im ländlichen Raum und bietet durch Transparenz eine Steigerung der Akzeptanz entsprechender Entscheidungen in der Bevölkerung. Die DVP wird auch für weitere kommunale Infrastrukturtypen entwickelt. Am Beispiel einer Schule und an Problemen der kommunalen Wasserversorgung wird die Methode erläutert.

Prof. Dr.-Ing. Lothar Koppers

Anhalt University - Dept. 3 - Architecture,
Facility Management and Geoinformation
Institute for Geoinformation and Surveying Coordinator Master of Geoinformatics
Bauhausstr. 8

D-06846 Dessau

eMail: l.koppers@afg.hs-anhalt.de

Demografiecheck der Stadtentwicklung, welche Informationen sind wichtig und wie kann das Thema in kommunale Entscheidungsprozesse integriert werden?

Siedlungsstruktureller „Stresstest“ als neuer Baustein in der Problemanalyse (wie belastbar sind Siedlungsstrukturen gegenüber demografischen Entwicklungen)

LEANkom: Mit demografischem Wandel rechnen

Strategiefindung zum Umgang mit „alternden“ Wohnquartieren – Von der Prognose bis zur Flächenaktivierung ...

Marc Lucas Schulten, Geschäftsführender Gesellschafter Stadtplaner AK NW, SRL

Mein Büro beschäftigt sich seit Jahren mit den verschiedenen Facetten des demographischen Wandels und der kommunalen Siedlungsausweisungspolitik. Unter dem Titel „mit zukunft rechnen“ fassen wir die entwickelten Produkte zu einem strategischen Planungsansatz zusammen.

Dabei verfolgen wir zwei wesentliche Handlungsstränge:

- 1) Im Sinne eines „dashboard demografie“ geht es darum, die wesentlichen Entscheidungsgrundlagen zum Umgang mit den Folgen des demografischen Wandels für Kommunen anschaulich zusammenzufassen und ein laufendes Monitoring der wichtigsten Datengrundlagen zu ermöglichen.
- 2) Mit dem Produkt LEANkom machen wir die Kosten und Nutzen von Siedlungsentwicklungsprojekten bereits in der strategischen Entscheidungsfindung transparent. Dieses REFINA-Produkt wird von uns in kommunale Planungsprozesse integriert.

Konkret biete ich Ihnen gerne an, folgende Themen auf der Tagung alternativ oder in Kombination darzustellen:

- Demografiecheck der Stadtentwicklung, welche Informationen sind wichtig und wie kann das Thema in kommunale Entscheidungsprozesse integriert werden?
- Siedlungsstruktureller „Stresstest“ als neuer Baustein in der Problemanalyse (wie belastbar sind Siedlungsstrukturen gegenüber demografischen Entwicklungen)
- LEANkom: Mit demografischem Wandel rechnen
- Strategiefindung zum Umgang mit „alternden“ Wohnquartieren – Von der Prognose bis zur Flächenaktivierung ...

Marc Lucas Schulten
Geschäftsführender Gesellschafter

Stadtplaner AK NW, SRL
Planersocietät - Stadtplanung, Verkehrsplanung, Kommunikation
Dr.-Ing. Frehn, Schulten, Steinberg Partnerschaft

Gutenbergstr. 34
44139 Dortmund

eMail: schulten@planersocietaet.de
website: www.planersocietaet.de

NEU: www.mit-zukunft-rechnen.de [Kosten-Nutzen-Analyse der Siedlungsentwicklung]

Strategien für den Umgang mit dem demographischen Wandel – Ergebnisse einer Querschnittsanalyse zur Behandlung ausgewählter Aspekte in den kreisfreien Städten Deutschlands

Katharina Mörl, Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung e.V. (IÖR) Dresden

Der Focus dieses Beitrags liegt auf den strategischen Reaktionen deutscher Städte (insbesondere Stadtpolitik und Stadtverwaltung) auf ein gesamtdeutsches gesellschaftliches Phänomen, welches sich räumlich differenziert darstellt. Was sind vor diesem Hintergrund die wahrgenommenen Probleme und wie gehen die Städte damit um? Was sind handlungsleitende Strategien?

Im Rahmen eines Dissertationsvorhabens wurden 122 Städte (inklusive der 116 kreisfreien Kommunen) in Deutschland bezüglich der Fragestellungen betrachtet (Auswertung der demographischen Daten, Recherche auf den Homepages der Städte, Analyse der Neujahrsansprachen der Oberbürgermeister, Untersuchung der explizit artikulierten Strategien der Städte in Form von Stadtentwicklungs- und Integrationskonzepten). Die breite Auswahl empirischer Ergebnisse in der Art eines Surveys ergänzt die auf Fallstudien basierenden Forschungen zum demographischen Wandel in Deutschland.

Die Präsentation verfolgt primär das Ziel, die empirischen Befunde der Untersuchung in Bezug auf die explizite Behandlung des demographischen Wandels allgemein als auch seiner Teilaspekte Bevölkerungsrückgang, Alterung und Heterogenisierung im Besonderen in deutschen Kommunen darzustellen:

Die **demographischen Veränderungen** werden **im Allgemeinen** von den Städten als Herausforderung erkannt und auch thematisiert (in 50 von 104 Neujahrsansprachen explizit erwähnt). Die Städte stellen sich der Herausforderung, wollen aktiv in das Geschehen eingreifen: einerseits am Verteilungskampf um Bevölkerung teilhaben/den Trend umkehren und sich aktiv um Bevölkerungszuwanderung bemühen; andererseits die mit dem Wandel einhergehenden Probleme bewältigen und gegebenenfalls die Strukturen an die neue Situation anpassen. 64 von 122 Städten verzeichnen schon jetzt einen **Rückgang ihrer Bevölkerung**, 58 haben noch Bevölkerungswachstum.

Wahrgenommene Probleme bezüglich des Bevölkerungsrückganges sind in erster Linie Leerstände im Wohnbereich, der geringere Anteil an jüngeren Menschen, unterausgelastete soziale und technische Infrastruktur sowie eine steigende Pro-Kopf-Verschuldung der Einwohner. Strategien der Städte im Umgang mit dem Bevölkerungsrückgang sind in erster Linie eine aktivierende Familienpolitik (z.B. Familienfreundliche Stadt, Bauland für Familien, Bündnis für Familie, Familienpass, bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie), der Ausbau der Bildungs- und Betreuungseinrichtungen (z.B. Ganztagschulen, Betriebskindergärten, Krippen, etc.) sowie der Stadtumbau zur Anpassung der Strukturen an die sich ändernden Bedingungen.

Bei 58 von 122 Städten findet sich das Thema **Alterung** auf den Internetseiten der Städte wieder. In diesem Zusammenhang werden besonders die Herausforderungen im Umgang mit der Bereitstellung einer altersgerechten Infrastruktur und einer optimalen Gesundheitsversorgung herausgestellt. In 111 von 122 Städten werden die Belange der älteren Mitbürger von sogenannten Seniorenbeiräten vertreten. Bezüglich der Strategien überwiegen Ansätze zur Verbesserung der Pflegesituation und des seniorengerechten Wohnens (z.B. betreutes Wohnen, Mehrgenerationenhaus), aber auch der Wissenstransfer von Alt zu Jung soll gefördert werden.

Dass der Teilaspekt der **Heterogenisierung** einen zentralen Aspekt darstellt, zeigen die Ergebnisse der Interneterhebung – bei 108 von 122 Städten fanden sich Treffer zum Thema Integration. Der Ausländeranteil in den untersuchten Städten liegt zwischen 1,4 Prozent in Gera und 26 Prozent in Offenbach. Trotz der Integrationsbemühungen vieler Städte zeigen sich doch vielschichtige Probleme – Sprachprobleme, geringe berufliche Qualifizierung, Rückzug der Migranten in Nischenwelten (Segregation, Herausbildung von Parallelgesellschaften), hohe Arbeitslosigkeit, kein Wahrnehmen der Integrationsangebote (z.B. Integrationskurse) und auch Ausländerfeindlichkeit und Rechtsextremismus.

Dem allen versuchen die Städte zu begegnen – in erster Linie in ihrer Sprache, indem sie sich als weltoffen und tolerant bezeichnen. Desweiteren setzen sich für die Belange der ausländischen Mitbürger in 90 Städten sogenannte Ausländerbeiräte oder auch Integrationsbeiräte ein. In 25 Städten gibt es anstelle eines Beirates - oder zusätzlich - einen Integrationsbeauftragten. 14 von 122 Städten besitzen weder einen Beirat noch einen Integrationsbeauftragten. 50 Städte weisen schon explizit artikuliert Strategien in Form von Integrationskonzepten auf. Bei 28 weiteren Städten ist ein solches Konzept in Arbeit. Die Sprachförderung wird in den meisten Konzepten als Schlüssel zu Bildung und Integration angesehen. Weitere Strategien sind die Förderung der Arbeitsmarktintegration, die interkulturelle Öffnung und die Partizipation am öffentlichen Leben.

Neben der Präsentation der empirischen Befunde will der Beitrag auch erste Erklärungen zur Auswahl spezifischer Aspekte des demographischen Wandels der kreisfreien Städte liefern und Schlussfolgerungen ziehen.

Katharina Mörl
Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung e.V. (IÖR)
Weberplatz 1
01217 Dresden
eMail: k.moerl@ioer.de

Baulich-räumliche Kompetenzen der Mittelstädte im Rendezvous mit dem demographischen Wandel

Dr.-Ing. Nina Overhageböck / Dr.-Ing. Andrea Rüdiger, Technische Universität Dortmund

Demographische Größen und Informationen bilden seit jeher die zentrale Basis für die Stadtplanung und Stadtentwicklung. Mit einem Rückgang von Einwohnern und Verschiebungen in der soziodemographischen Zusammensetzung ändert sich die Wohnungsnachfrage, Ver- und Entsorgungsstrukturen, aber auch Zentralität und Bedeutung der Stadt im Raum.

Mittelstädte auf ihrer Suche nach der eigenen, zum Teil neuen Identität oder nach großstädtischen Vorbildern offenbaren in ihrer statistischen Bandbreite von etwa 20.000 bis 100.000 Einwohnern alle Facetten des demographischen Wandels. Die bisherige Bevölkerungsentwicklung der Mittelstädte bundesweit bewegt sich im durchschnittlichen Korridor zwischen +15 Prozent und -15 Prozent. Nahezu die Hälfte der Mittelstädte sind demographisch stabile Städte mit geringen Familienanteilen (Wegweiser Kommune, Bertelsmann Stiftung 2008).

Auch im Umgang mit den Ausprägungen und Folgen der demographischen Phänomene weisen Mittelstädte ein differenziertes Bild auf. Allen Mittelstädten gemeinsam jedoch sind ihr über jahrzehntelanges angehäuften Wissen und ihre Fähigkeiten im Umgang mit baulich-räumlichen Maßnahmen. Dieses sollte Anknüpfungspunkt für neue Möglichkeiten und Strategien gerade auch in Zeiten des demographischen Wandels bieten (Rüdiger, Andrea 2009).

Konkret wird dieses an dem Umgang mit den öffentlichen Räumen als einem der zentralen Handlungsfelder der kommunalen Planung. Hier zeigen sich doch mit den „verbrauchten“ Plätzen und Grünanlagen aus der Gestaltungsphase der 1970er Jahre, den brachgefallenen privaten Grundstücken, untergenutzten Parks und Plätzen sowie Umsetzungsproblemen bei notwendigen Pflege- und Instandhaltungsmaßnahmen eine Vielzahl von schrumpfungsbedingten Herausforderungen.

Mit dem Wissen der öffentlichen Akteure um die integrative und stadtgestalterische Bedeutung der Straßen, Plätze und Grünflächen für die städtische Gesellschaft verfolgen viele schrumpfende Kommunen strategische Ansätze, die insbesondere die Aufwertung dieser Flächen in den Vordergrund stellen (Overhageböck, Nina 2009).

Ziel des Beitrags ist es erstens, den bisherigen Umgang von Mittelstädten in Deutschland mit dem demographischen Wandel darzustellen. Grundlage dafür ist eine in 2006 bundesweit durchgeführte Befragung der planenden Verwaltung von 248 Mittelstädten. Zweitens wendet sich der Beitrag speziell der baulich-räumlichen Strategie der Qualifizierung öffentlicher Räume unter Schrumpfungsbedingungen zu. Anhand von best-practice Beispielen aus westdeutschen Mittelstädten werden Motivation, Handlungsmöglichkeiten und Probleme in diesem Bereich aufgezeigt.

Dr.-Ing. Andrea Rüdiger
Dr.-Ing. Nina Overhageböck
Technische Universität Dortmund
Fakultät Raumplanung
Fachgebiet Stadt- und Regionalplanung
August-Schmidt-Straße 10, GB III, R. 421

D-44227 Dortmund

eMail: andrea.ruediger@tu-dortmund.de
eMail: nina.overhageboeck@tu-dortmund.de